



DJV Deutscher Journalisten-Verband Baden-Württemberg

Blickpunkt

Das Medienmagazin

DIE ZUKUNFT IST SCHON DA

Medienkonzentration in Baden-Württemberg

Seite 6

PROJEKT „STRUKTUR“

Zukunft unseres Journalistenverbands

Seite 16

BRAUCHEN WIR UPLOADFILTER?

Urheberrechtsreform

Seite 18

“Mein
Schlüssel zu
mehr Erfolg.”



moving *Janna*'s way



IHR DJV-MITGLIEDERVORTEIL:

Profitieren Sie als DJV-Mitglied von besonders günstigen Mietkonditionen inklusive Premium-Versicherung.

Europcar
moving *your* way

Im Blick

Liebe Leserinnen, liebe Leser, der Blickpunkt hat ein neues Layout bekommen, eine Frischekur. Der Gestalter Rudi Doster hat das Erscheinungsbild überarbeitet und wir haben die Rubriken an die aktuellen Bedürfnisse angepasst. Nun sind wir gespannt, wie es Ihnen gefällt. Im Aufmacher „Medienkonzentration“ haben wir untersucht, wie in Baden-Württembergs Verlagen aktuell die „Synergiepotenziale gehoben“ werden. In der Rubrik „DJV Baden-Württemberg“ bekommen Sie einen Einblick in das vielfältige Verbandsleben. In der Rubrik „Medien“ fassen wir

Artikel zu allgemeinen Veränderungen und Urteilen in der Branche zusammen und unter „Verlage und Sender“ finden Sie Neuigkeiten zu den Arbeitgeber*innen der Region, diesmal liegt der Schwerpunkt auf dem SWR. Unverändert finden Sie im Heft die Mediennachrichten, das Programm der Journalistenakademie, Rezensionen und Glückwünsche. Haben Sie Anregungen? Wir freuen uns über Post von Ihnen.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen Ihre Blickpunkt-Redaktion

Inhalt

EDITORIAL

FRAGWÜRDIGE KOMPROMISSE Seite 5

TOPTHEMA

DIE ZUKUNFT IST SCHON DA
Medienkonzentration in Baden-Württemberg Seite 6

DJV BADEN-WÜRTTEMBERG

Peter Schwab ist Vorsitzender
FA Presse- und Öffentlichkeitsarbeit konstituiert Seite 12

„Journalismus im Film“
KV Mannheim/Heidelberg startet Filmreihe Seite 12

Unser neuer Geschäftsführer
Vorstellung Martin Wedekind Seite 13

Hochschulbeauftragter des DJV Baden-Württemberg
Daniel Völpel ist neuer Hochschulbeauftragter Seite 13

Stiftung Kulturwerk
Manfred Herbertz als Mitglied vorgeschlagen Seite 13

März-Gesellschaft
Götz von Olenhusen zum Senator ernannt Seite 13

Alte Schreibmaschinen und Computer
KV Ortenau besuchte Technikmuseum Temopolis ... Seite 14

Fusion im Blick
KV Ludwigsburg will fusionieren Seite 14

Auf ein Neues!
MedienZukunftFestival auch in 2019 Seite 15

Mitstreiter gesucht
Reporter-Slam in Freiburg Seite 15

Projekt Struktur
Zukunft unseres Journalistenverbands Seite 16

MEDIEN

Brauchen wir Uploadfilter?
Eine Einschätzung von Peter Welchering Seite 18

Grenzen der Berichterstattung

Amtsblätter dürfen nicht wie Zeitungen berichten ... Seite 20

Privilegien nicht preisgeben!

Ein Appell an die Zeitschriftenverleger Seite 21

VERLAGE UND SENDER

Informationsaustausch bei ARTE

Tarifverhandlungen in Straßburg Seite 22

SWR-Intendant*innenwahl

DJV fordert Chancengleichheit Seite 22

Nächste Tarifrunde wird spannend

SWR Vergütungsverträge werden neu verhandelt Seite 22

SWR Honorar

Systemwechsel im Südwestrundfunk Seite 23

Wählen gehen

Personalratswahlen im SWR Seite 24

MEDIENNACHRICHTEN Seite 26

FRISCH GELESEN

„Die Opferrolle“

von Klemens Ludwig Seite 28

„DuMont direkt Reisefürer Mannheim“

von Annika Wind Seite 29

JA JOURNALISTEN-AKADEMIE

Seminare 1. Halbjahr 2019 Seite 30

JUBILARE/IMPRESSUM

..... Seite 31

BUNDESGARTENSCHAU

HEILBRONN

17.04. - 06.10.2019

Eröffnungs-Pressekonferenz

am 11. April um 11 Uhr

Anmeldung unter presse@buga2019.de

AKKREDITIERUNG
FÜR JOURNALISTEN
ONLINE.



BUNDES-
GARTENSCHAU
HEILBRONN
17.04. - 06.10.2019

buga2019.de



DAGMAR LANGE
1. Landesvorsitzende
DJV Baden-Württemberg

FRAGWÜRDIGE KOMPROMISSE

Wenn Beratungs- und Kontrollgremien wie der Rundfunkrat und der Verwaltungsrat des Südwestrundfunks ohne Not in entscheidender Situation ihre demokratischen Pflichten und Rechte am Garderobenhaken abgeben, dann muss die Frage erlaubt sein, wie ernsthaft der angeblich abgebildete Querschnitt der Bevölkerung mit dieser wichtigen Aufgabe umgeht.

In einer nicht öffentlichen Sitzung haben beide Gremien bei nur einer Gegenstimme und vier Enthaltungen entschieden, dass sich zur Wahl der SWR Intendantin/des SWR Intendanten nur zwei Kandidaten vorstellen dürfen, wie dies vorab eine interne Arbeitsgruppe vorgeschlagen hatte. Ich bin weder gegen Stefanie Schneider noch gegen Kai Gniffke. Im Gegenteil, beide Kandidat*innen haben sich in verschiedenen Positionen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk verdient gemacht, mit beiden pflegt der DJV einen konstruktiven Austausch. Aber insgesamt gab es – wie man hört – sogar fünf aus dem fünfzehn Kandidat*innen zählenden Bewerberfeld, die für den Posten geeignet gewesen wären. Warum durften nicht alle ihre Vorstellungen für eine erfolgreiche Zukunft der Zweiländeranstalt vorstellen? Ging es letztlich nur darum, ein internes Untergremium nicht zu beschädigen, weil dessen Vorauswahl angezweifelt wird? Oder waren parteipolitische Interessen vorrangig? Mit dem Ablauf des Vorauswahlverfahrens haben Rundfunk- und Verwaltungsrat in ihrer „vertrauensvollen Atmosphäre“ letztlich dem SWR geschadet. Umso wichtiger, dass wir bei der anstehenden Personalratswahl seitens des DJV für eine hohe Wahlbeteiligung sorgen, um weiter guten Journalismus durch Feste und Freie zu ermöglichen.

Ein weiteres Aufregerthema der letzten Wochen war die EU-Urheberrechtsreform. Der DJV-Bundesverband appellierte zusammen mit rund 40 Verbänden für die Annahme der EU-Urheberrechtsrichtlinie und begrüßte den positiven Entscheid. Doch viele DJV-Mitglieder wollen nicht folgen. Der Beschluss war hart erkämpft, es gab zuletzt keinen Kommunikationskanal mehr zwischen Befürwortern und Gegnern. Hauptsächlich ging es um die Artikel 13/17 (Uploadfilter) und 11/15 (Leistungsschutzrecht). Ich gebe zu, dass ich auch zu denjenigen gehörte, die ob

der verschiedenen Argumente zwischen den Positionen schwankten. Letztlich sehe ich einen fragwürdigen Kompromiss. Und frage mich, wie die Masse der Kolleg*innen sich eine Meinung bilden sollte, die ihr monatliches Hauptaugenmerk dafür aufwenden muss, den Kopf über Wasser zu halten, wenn nicht einmal EU-Abgeordnete bei der Abstimmung den Überblick behielten?

Uploadfilter setzen die Netzgiganten schon längst ein. Nun fürchte ich, dass es noch mehr (gerichtliche) Auseinandersetzungen wegen möglicher Zensur und Urheberrechtsverletzungen geben wird. Am Ende werden wir als Urheberrechtinhaber wie bisher zwischen den Mahlwerken der großen Plattformen und den Verlagen mit ihrem Leistungsschutzrecht zerrieben. Warum hat man sich nicht auf klare Lizenzverträge und eine einheitliche Besteuerung der Plattformbetreiber einigen können?

In dieser Ausgabe des Blickpunkts beschäftigen wir uns wieder einmal mit der Fusionitis in der Verlagsbranche und den faulen Versprechen für einen „Qualitätsjournalismus“, dem die Kostenrechnungen der Verlage widersprechen. Mad-sack, Funke und Springer verabschieden sich häppchenweise vom (lokal basierten) Printjournalismus. Was plant die SWMH angesichts des Trends, in digitale Techniken, aber nicht in journalistische Inhalte investieren zu wollen? Zeit, das Verlagsprivileg der verminderten Mehrwertsteuer zu hinterfragen.

Ausgerechnet Stuttgart ist auch der Ort, wo Springer und finanzen.net mit der Börse Stuttgart ein gemeinsames Krypto-Portal für digitale Währungen planen. Start diesen Sommer. Im Ankündigungstext heißt es, man könne Kunden von Axel Springer das gesamte Leistungsspektrum von der „unabhängigen Information bis hin zum Anlageprozess“ bieten.

Unabhängige Informationen und Handelsmöglichkeiten auf einer Plattform? Da riecht es wieder nach faulen Kompromissen.

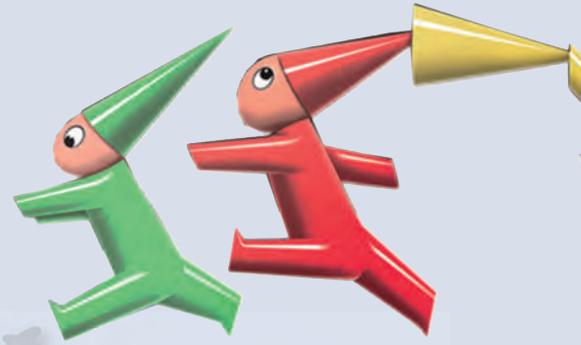
Ihre

D. Lange
Dagmar Lange

DIE ZUKUNFT IST SCHON DA

Medienkonzentration in Baden-Württemberg

von Susann Mathis



Der Schock über die Entscheidung von DuMont, seine Regionalzeitungen verkaufen zu wollen, hat die Branche schwer erschüttert. Und die Zeiten sind vorbei, in denen man gerne glauben mochte, im „Zeitungsland Baden-Württemberg“ liefe es anders. Auch hier im Südwesten hat die Pressekonzentration in den letzten Jahren gewaltig Schwung aufgenommen. Zwar liegt in Baden-Württemberg der Aufschwund unter dem Bundesschnitt. Aber auch in Baden-Württemberg gibt es faktisch immer weniger unterschiedliche Zeitungen. Die für die Region typische mittelgroße Heimatzeitung aus einem familiengeführten Medienhaus bleibt als Marke zwar erhalten, um die Leser-Blatt-Bindung nicht zu destabilisieren, ihre Inhalte kann sie oft nicht mehr erstellen. Die „Mantelpartnerschaft“ war bei vielen Zeitungen die erste Sparmaßnahme.

EINE NEUE WELLE

In der Untersuchung Media-Perspektiven schreibt der Journalist und Medienforscher Horst Röper im Januar 2019 von einer „neuen Welle“ der Pressekonzentration in der Zeitungsbranche: Die zehn führenden Verlagsgruppen haben ihren Anteil am Gesamtmarkt der Tagespresse auf 61,6 Prozent erhöht. „Gegenwärtig scheint dort „jeder mit jedem“ zu verhandeln, zum einen über Kooperationen – insbesondere im Bereich der Redaktion – zum anderen über Fusionen.“

Die Ursachen liegen auf der Hand: Werbeeinnahmen brechen weg, Verlage müssen die Preise erhöhen, dadurch verlieren sie auch wieder Käufer. Die sinkenden Druckauflagen führen wiederum zu steigenden Papierpreisen und erhöhen so wieder den Stückpreis.



„Zukunftssicher aufstellen“ lautet eines der verwegenen Versprechen, mit denen Umstrukturierungen in den Verlagen etikettiert werden – verwegen deshalb, da niemand die Zukunft kennt. Es werden daher Rezepte wie Synergien & Co. angewendet, die die Konzerne schützen sollen. Wie man jedoch den Journalismus fit für die Zukunft machen soll, das interessiert nur wenige.

Nur auflagenstarke Verlagsgruppen können in dieser Situation Vorteile realisieren, nur sie können durch Zukäufe Synergiepotenziale nutzen und so auch in einer angespannten Situation die Stückkosten senken. Sachlich konstatiert Röper: „Nach den Erkenntnissen der Vergangenheit ist es als wahrscheinlich anzusehen, dass der ökonomischen Konzentration eine publizistische Konzentration folgt.“

MEDIENKONZENTRATION IN BW



Ohne gleich wie etwa Funke oder Madsack (und mit ihnen zusammen DuMont) die überregionale Berichterstattung jeweils von einer Zentrale in Berlin erstellen zu lassen, werden auch in Baden-Württemberg Sparkonzepte angewendet, als deren Konsequenz die Meinungsvielfalt stark abnimmt.

MIT EINER STIMME AUS DER HAUPTSTADT

So haben etwa im vergangenen September die Schwäbische Zeitung (Ravensburg) und die SÜDWEST PRESSE (Ulm) ihre Hauptstadtreaktionen zusammengelegt. Sabine Lennartz, die langjährige Korrespondentin der Schwäbischen Zeitung, ist in die Räume der Neuen Berliner Redaktionsgesellschaft (NBR) in der Friedrichstraße eingezogen. Die NBR erstellt bereits jetzt mit 14 Redakteuren vor Ort Inhalte für die SÜDWEST PRESSE, die Märkische Oderzeitung und die Lausitzer Rundschau. Hendrik Groth, Chefredakteur der Schwäbischen Zeitung, begründet: „Wir wollen die Qualität der Berichterstattung erhöhen, ohne die Selbstständigkeit der einzelnen Titel aufzugeben.“ Auf die Inhalte haben beide Zeitungsredaktionen Zugriff.



GESCHICHTEN BILLIG EINKAUFEN

Seit November 2016 hatte die „Heilbronner Stimme“ die Zahl der Ressorts und Ausgaben eingedampft, die Abläufe neu organisiert und das Blatt sowie den Digitalauftritt erneuert. Zu den grundlegenden Neuerungen gehörte die Trennung in Editoren und Autoren. Auf die Frage (in einem kress-pro-Interview), was sie sich von der Zweiteilung versprächen, antwortet Chefredakteur Uwe Ralf Heer: „Ich meine, dass Synergien in Redaktionen ein Riesenthema sind. Es gibt ganz viele Doppelstrukturen, die nicht mehr zeitgemäß sind. Bei uns haben schon die ersten Wochen gezeigt, dass wir durch die Trennung in Editoren und Autoren einen deutlichen Zuwachs an eigenen Geschichten haben.“ Einen deutlichen Zuwachs an eigenen Geschichten? Da erstaunt es doch sehr, dass seit Mai vergangenen Jahres die Heilbronner Stimme ganze Seiten und Themenpakete vom Redaktionsnetzwerk Deutschland (Madsack) bezieht. Sie ist damit der erste baden-württembergische Kunde für den Verlag aus Norddeutschland, wie Madsack nicht versäumt, seine Zukunftsvisionen zu betonen. Günstiger sind die Geschichten ganz bestimmt: Das Redaktionsnetzwerk Deutschland von Madsack ist eine tariflose Firma.

À propos Madsack... es soll ja hier um Baden-Württemberg gehen, aber ein kleiner Exkurs sei erlaubt. Eine digitale Offensive soll die MADSACK Mediengruppe künftig zu einem „führenden Verbund von regionalen Qualitätszeitungen“ machen, wie es in der



eigenen Pressemitteilung heißt. Für DuMont war die Kooperation mit Madsack der Anfang vom Ende. Die sechs DuMont-Titel (neben der Berliner Zeitung der Kölner Stadtanzeiger, die Mitteldeutsche Zeitung sowie die Boulevardtitel Express in Köln, die Morgenpost in Hamburg und der Berliner Kurier) beziehen seit August 2018 ihre überregionalen Inhalte vom RND und haben ihre eigene Redaktionsgemeinschaft geschlossen – nun wollen sie ihre Zeitungen insgesamt verkaufen.

So weit weg ist das im Übrigen gar nicht. DuMont hatte seinen Auslandskorrespondenten gekündigt und sie an Madsack verwiesen. Madsack genehmigt aber nur in Ausnahmefällen Pauschalen, sondern verfährt nach „pay per publication“. „Das ist der Weg in die Verarmung, denn ohne feste Monatspauschale kann sich kein deutscher Korrespondent einen Auslandsaufenthalt leisten“, kritisierte Hendrik Zörner, Pressesprecher der DJV. Da auch Zeitungen wie die „Südwestpresse“ oder die „Schwäbische Zeitung“ mit DuMont gemeinsam Auslandskorrespondent*innen beauftragt hatten, hat Madsacks Sparkurs direkte Auswirkungen auf Qualität und Umfang ihrer Auslandsberichterstattung.



PARADEBEISPIEL SWMH

Das Exempel im Südwesten ist die Südwestdeutsche Medienholding (SWMH). Sie hat 2017 ein Umsatzplus von 6,8 Prozent auf rund 939,1 Mio. Euro erwirtschaftet. Dies geht aus dem jüngst veröffentlichten Geschäftsbericht hervor. Dabei profitierte sie vor allem von ihren neuen Beteiligungen: 2017 hatte die SWMH über die Stuttgarter Zeitung in die Kreiszeitung Böblinger Bote investiert, Oktober 2016 hatte sie die Mehrheit am Bechtle Verlag (Esslinger Zeitung) übernommen. Ein starkes Wachstum habe der Konzern im Bereich der digitalen Vertriebslöse erzielt – genaue Zahlen werden dazu jedoch nicht genannt.

Der neue Geschäftsführer der SWMH, Christian Wegner, ein ehemaliger Manager von ProSiebenSat1, hat schon mal angefangen, an den Rändern zu knabbern und hat damit – je nach Quelle und Fokus variieren die Zahlen – durch die berühmten „Synergieeffekte“, sprich die Beauftragung billiger externer Dienstleister, mehrere hundert Stellen abgebaut. Aber auch redaktionell hat die SWMH rund um Stuttgart die Verdichtung vorangetrieben.

BIETIGHEIMER ZEITUNG



Der jüngste Coup: Zum 1. Januar 2019 ist die zur Südwestdeutschen Medien Holding (SWMH) gehörende Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft mbH bei der Bietigheimer Zeitung einge-

stiegen. Nach eigenen Angaben übernimmt sie diejenigen Anteile, die bislang der Neuen Pressegesellschaft mbH & Co KG (NPG) in Ulm gehört haben.

Wie hoch diese Anteile sind, teilte das Unternehmen nicht mit. Das Bundeskartellamt muss der Übertragung noch zustimmen. Die Gesellschafterstellung der Eigentümerfamilien Gläser bleibe durch die Beteiligung unberührt, hieß es in der Zeitungsmeldung. Man wolle "zukünftig gemeinsam Marktchancen noch besser nutzen", teilte der Geschäftsführer und BZ-Gesellschafter des DV-Medienhauses in Bietigheim-Bissingen, Stefan Gläser, mit. "Mit dem Zusammenschluss verfolgen wir insbesondere das Ziel, den vielen Facetten der digitalen Transformation zu begegnen und zusätzliche Synergien aus der Zusammenarbeit der beiden Häuser zu heben", so Gläser weiter. Der Geschäftsführer der Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft mbH, Herbert Dachs, betonte, dass es sich auch im Blick auf die digitalen Angebote um eine "in die Zukunft gerichtete Partnerschaft" handele.

Denn hier bringt die SWMH einen starken Partner mit. Schon 2016 hat sie die digitalen Kompetenzen von "Stuttgarter Zeitung", "Stuttgarter Nachrichten", Schwarzwälder Bote" sowie "Frankenpost" (Hof), "Freies Wort" (Suhl) und "Neue Presse" (Coburg) in eine gemeinsame Firma gebündelt. SMWH-Chef Herbert Dachs und sein Digital-Verantwortlicher Alexander Kratzer wollen damit die Digitalausgaben der Regionaltitel durch die Zusammenarbeit "effizient und zukunftssicher" aufstellen. Das ist, da die Verlage ihre Zukunft im Digitalen sehen, keine Kleinigkeit. Was den Technologiepart anbelangt, ist dagegen ja auch nichts einzuwenden. Es wäre mehr als verwunderlich, wenn jede Medienmarke ihren eigenen Online-Vertrieb, Kundenmanagement, Zugangskontrolle etc. aufbauen und pflegen würde. Fatal wäre es, wenn davon auch die Redaktionen betroffen würden.

ESSLINGER ZEITUNG



Seit Oktober 2016 hält die SWMH mit der Übernahme der Anteile von Verlegerin und Geschäftsführerin Christine Bechtle-Kobarg 87% an der Esslinger Zeitung, die übrigen 13% verblieben beim Gesellschafter GO Druck Media Verlag aus Kirchheim/Teck. DJV-Landesvorsitzende Dagmar Lange warnte: „Auch dieser Kauf gehört zu einer größeren Strategie der SWMH, mit der die Medien- und Meinungsvielfalt zu Grabe getragen wird.“ Vorher war die Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft mbH mit 24% Minderheitsgesellschafter, Verlegerin Christine Bechtle-Kobarg hielt 63%. Die Eigenständigkeit der Esslinger Zeitung und die Marktstellung ihrer Druckaktivitäten sollte gewahrt werden. STZ-Geschäftsführer Herbert Dachs spricht

von Erhalt und Ausbau von Know-how sowie der „Ausschöpfung von Synergiepotenzialen im Zentrum der gemeinsamen Aktivitäten“.

Das nutzt schon mal der Mit-Gesellschafter GO Druck Media Verlag: Seit Januar 2018 wird sein „Der Teckbote“ aus Kirchheim unter Teck mit einer Auflage von 14.000 Exemplaren bei Bechtle Verlag & Druck in Esslingen gedruckt und hat damit den Druck seiner Zeitung unter das SWMH-Dach gepackt. In Kirchheim hat die Fremdvergabe des Druckauftrages zu Personalabbau geführt.



KREISZEITUNG BÖBLINGER BOTE

Auch die „Kreiszeitung Böblinger Bote“ wurde eine Mehrheitsbeteiligung der Medienholding Süd. Die zur SWMH gehörende Stuttgarter Zeitung hat eine Mehrheitsbeteiligung an der Lokalzeitung von der Verlegerfamilie Schlecht erworben. Damit übernimmt die SWMH vollends die Regie über die seit 1826 erscheinende Lokalzeitung „Böblinger Bote“, nachdem der Konzern bereits vor Jahren 24,9% der Anteile eingekauft hatte. Schon seit 2001 übernimmt die Kreiszeitung Böblinger Bote einen überregionalen Mantel von den Stuttgarter Nachrichten.

LAST BUT NOT LEAST MANNHEIM



Dort erleben wir gerade einen Fall von so genannter „Diagonaler Konzentration“: Im Juli 2018 hatte das Rhein-Neckar Fernsehen Insolvenz angemeldet, da der Lokalsender 2017 das Regionalfenster bei RTL verloren hatte und damit seine größte Einnahmequelle von 1,4 Mio Euro im Jahr. Seit dem 1. Januar gehört das Rhein-Neckar Fernsehen (RNF) nun zur Mannheimer Mediengruppe Dr. Haas. In der Diskussion über die Medienkonzentration ist das ein klassischer Fall von „Cross-Media-Ownership“.

Damit erhält der Mannheimer Morgen die Möglichkeit, über eine zusätzliche Mediengattung Einfluss auf die Meinungsbildung zu nehmen – und damit auf eine Zielgruppe, die durch ihre bisherigen Publikationen nicht erreicht wurde. Das stärkt ihren publizistischen Einfluss und gefährdet damit die Meinungsvielfalt durch Homogenisierung von Medieninhalten. RNF Geschäftsführer Ralf Kühnl schränkt ein: „Ein



Zusammenlegen der Redaktionen ginge auch gar nicht so einfach. Zum einen sind wir medien- und lizenzrechtlich zur Unabhängigkeit verpflichtet. Zum anderen ist Fernsehen zu machen etwas völlig anderes, als für eine Zeitung zu schreiben.“

Die Hoffnungen der Dr. Haas Mediengruppe formuliert Björn Jansen, noch Geschäftsführer der Haas-Mediengruppe, gleichwohl entgegengesetzt: „Wir brauchen für unsere digitalen Angebote verstärkt professionell gemachte Bewegtbilder. Die Nachrichtensendung „RNF LIVE“ lässt sich dafür – verteilt in die einzelnen Sequenzen – hervorragend in das Morgenweb oder die digitale Zeitung integrieren. In den neuen Kanälen können wir unsere Stärken also zusammen ausspielen.“

STRIKTES KOSTENMANAGEMENT



„Da nur noch die Redaktion beim Mannheimer Morgen in der Tarifbindung ist, hängt das Thema wie ein Damoklesschwert über den betroffenen Kolleg*innen“, fürchtet die DJV-Landesvorsitzende Dagmar Lange. Seitens der Geschäftsführung gibt es Überlegungen, durch einen Ausstieg aus der Tarifbindung Millionen Euro einsparen zu können. Das Thema wird auch ab Sommer unter dem neuen Geschäftsführer Florian Kranefuß virulent bleiben. Der bis dahin geschäftsführende Gesellschafter des MaMo, Björn Jansen, verweist auf Anzeigen- und Auflagenrückgänge, auf den Druck durch Pensionsrückstellungen und die Kosten für die Zusteller. Damit begründet er ein anstehendes striktes Kostenmanagement. „Jansen vergisst bei der Aufzählung, dass mit mannheim24, einer Kooperation mit Ippen Digital, satte Gewinne eingefahren werden, nicht zuletzt, weil die Werbeeinnahmen dafür sprunghaft angestiegen sind“, so Lange. Mit einem Artikel würde laut Ippen Digital auch schon mal mehr als 50.000 Euro verdient, die Millionen-Grenze bei den Klicks häufig überschritten. Nicht umsonst nennen sich die Chefredakteure von Ippen Digital selbst „Klick-Kapitäne“.

UNTOTE ZEITUNGEN



Aber solange die Zeitungsstände an den Bahnhofskiosken überquellen, kann es doch um die Medienbranche hierzulande so schlecht nicht stehen wie anderswo? Unter dem schönen Titel „Wir kamen,



sahen – und checken es nicht“ schreibt die Redaktion von meta, dem Magazin der Wissenschafts-Pressekonferenz e.V., dass in Deutschland bevorzugt eine unsichtbare Form des Mediensterbens praktiziert werde, nämlich die Zombifizierung, wie sie es nennen. Kurz zusammengefasst meinen sie damit: Die Medienhäuser entlassen Mitarbeiter, kürzen Budgets von Freien, und bauen Zentralredaktionen, die den gleichen Inhalt in immer mehr Mediengefäße füllen. Oder anders ausgedrückt: Sieht aus wie eine Zeitung, aber es fließt kein journalistisches Blut mehr drin. Der Abbau von Arbeitsplätzen in der Redaktion und stetig wachsende Anforderungen durch Funktionskopplungen und crossmediales Arbeiten hätten zu vielfach beklagten Arbeitsbedingungen geführt und die Einstellung von Journalisten zum eigenen Produkt verändert, klingt Ropers Analyse dazu so sachlich wie melancholisch.



ABBAU UND TARIFFLUCHT

Der Abbau von Redakteursstellen hält weiter an und betrifft neben den großen Verlagsgruppen auch kleinere Zeitungsverlage. Hinzu kommt, dass immer mehr Verlage aus der Tarifbindung aussteigen. Zu den genutzten Fluchtwegen gehören das Outsourcen von Redakteur*innen in eigenständige, nicht tarifgebundene Gesellschaften, der Einsatz von Leiharbeiter*innen in den Redaktionen sowie die so genannte OT-Mitgliedschaft im Verlegerverband. OT steht für „ohne Tarifbindung“.

Ebenfalls genutzt wird die Möglichkeit, Volontäre nicht mehr im Verlag, sondern an Journalistenschulen anzustellen und so die Tarifverträge für Volontäre, insbesondere hinsichtlich des Gehalts, zu umgehen.“ Auch werden

Redaktionen zu Tochterunternehmen verlagert, die nicht tarifgebunden sind. Auch hier lohnt sich ein Blick auf die aktuelle Situation in Baden-Württemberg, um sich das Ausmaß vor Augen zu führen:

Beim **Schwarzwälder Boten** arbeiten die Redaktionsmitglieder seit einem 96 Tage dauernden Streik im Jahr 2011 in einer outgesourcten Firma, die wieder tarifgebunden ist. Der Makel: Der Tarif gilt nicht für neue Beschäftigte.

Bei der **Schwäbischen Zeitung** erfolgen Neueinstellungen deutlich unter den Redakteurstärken; viele bisherige Beschäftigte haben neue, schlechtere Arbeitsverträge akzeptiert.

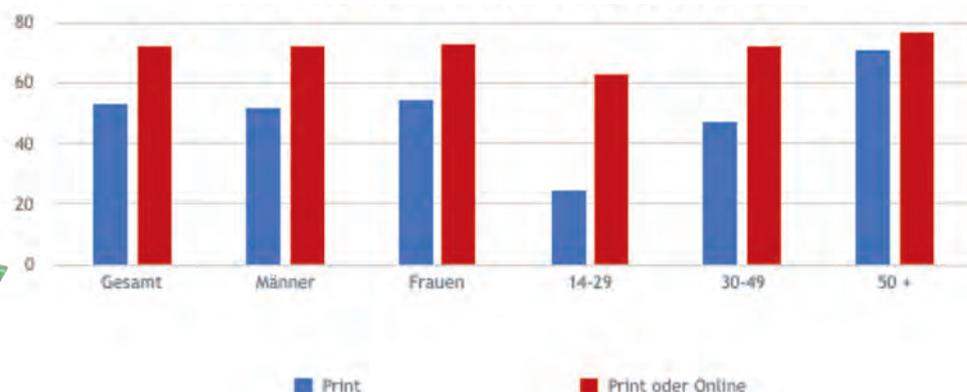
Die **Heidenheimer Zeitung** beschäftigt neue Redakteure untertariflich in einer eigens gegründeten GmbH.

Die **Pforzheimer Zeitung** bezahlt Jungredakteure untertariflich.

Oder, wie wir oben schon gesehen haben, die **Heilbronner Stimme** kauft Geschichten aus dem tariflos arbeitenden RND.

Ohne Tarif, OT, sind in Baden-Württemberg inzwischen folgende Zeitungen: **Bietigheimer Zeitung, Die Oberbadische/Oberbadisches Volksblatt, Offenburger Tageblatt, Kornwestheimer Zeitung, Kreiszeitung Böblinger Bote, Leonberger Kreiszeitung, Schwarzwälder Bote, Schwarzwälder Post, Südkurier, Teckbote, Weinheimer Nachrichten.** Die **Badischen Neuesten Nachrichten** sind zwar wieder in den Schoß des Verlegerverbandes zurückge-

Nettoreichweite der regionalen Abonnement-Zeitungen: Print und Online in Baden-Württemberg 2016, in Prozent. Quelle: VSZV



kehrt, aber weiterhin muss der Gehaltstarifvertrag für Tageszeitungen im Rahmen eines Haustarifvertrags für alle Beschäftigten ausgehandelt werden. Bis zum Redaktionsschluss gab es kein Ergebnis.

VERKAUF VON E-PAPERS NIMMT ZU

Wachstum in der Branche sieht man beim Verkauf von e-Papers. Viele Verlage sehen in der digitalen Zeitung inzwischen ihre Zukunft. Der US-amerikanische Journalist Jeff Jarvis hat schon vor einigen Jahren ein treffendes Bild für die Lage der Verlage gezeichnet und es stimmt immer noch: Das Haupthaus (Print) brennt und muss dringend gelöscht werden, weil hier immer noch die meisten Umsätze entstehen, aber gleichzeitig muss der Neubau entwickelt und gebaut werden (Digital), aber dafür hat man nicht genügend Leute und Zeit schon mal gar nicht.

Für die Finanzierung spart man an den Journalisten. Dazu kommt die zunehmende „Verwirrung der Öffentlichkeit“ durch Plattformunternehmen und das inzwischen ausufernde Angebot an Zerstreuung über Netflix, Amazon, Youtube und viele andere. Hier konkurriert das e-Paper auf dem einheitlichen und omnipräsenten Rezeptionskanal, dem kleinen, glänzenden Bildschirm, bei einer reduzierten Aufmerksamkeitsspanne. Untersuchungen zeigen, dass man, übrigens unabhängig vom Alter der Rezipient*innen, lange Informationstexte auf Papier besser erfasst als auf dem Bildschirm – insbesondere unter Zeitdruck.

POTENZIALE NUTZEN

Auf einer Veranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung in Stuttgart im Februar sagte in seiner Keynote Heribert Prantl, bald ehemaliges Mitglied der Chefredaktion der Süddeutschen Zeitung, das Trägermedium sei ihm egal. Prantl, im weiteren Verlauf der Veranstaltungen mehrfach vermisst, setzte denn auch gleich guten analogen Journalismus mit gutem digitalem Journalismus gleich. Hier negiert er sowohl das veränderte Rezeptionsverhalten am Bildschirm, aber auch die vielfältigen Möglichkeiten zur „zweiten Meinung“, also der schnellen eigenen Recherche der Leser*innen. Die TAZ stellt die richtige Frage, denn diese lautet nicht, wann Print unter der Woche aus ökonomischen Gründen stirbt, sondern vielmehr: Was bieten wir im Netz?

Der analoge Journalismus hat Leserinnen und Leser informiert, die sich mit ihrem gedruckten Stück Papier zurückgezogen haben, um sich zu informieren oder unterhalten zu lassen. Der digitale Journalismus hat exzellente Möglichkeiten, journalistische Prinzipien zu stärken und Arbeitsprozesse transparent zu machen. Es mangelt nicht an Vorstellungskraft und nicht an Ideen. Einen kleinen Einblick in das kreative Potenzial hat auch das Medien|Zukunft|Festival des DJV Baden-Württemberg gezeigt (das Format wird fortgesetzt). Woran es jedoch fehlt, ist der Stolz der Verleger*innen und der Respekt gegenüber dem Journalismus. Mit austauschbaren Sparkonzepten droht der Zeitung in Zukunft vor allem eins: die Entprofessionalisierung. ■

Bei den Recherchen zu diesem Artikel waren folgende Quellen und Portale besonders hilfreich:

- Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK): kek-online.de
- Die Rechercheplattform North Data, diese ermittelt Wirtschaftsinformationen durch Analyse von Firmenveröffentlichungen mit Methoden aus Big Data und Machine Intelligence: northdata.de
- Horst Roeper, Zeitungsmarkt 2018 in der Reihe „Media Perspektiven“, Teil der ARD-Werbung SALES & SERVICES (AS&S): ard-werbung.de
- Die Daten des Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger e.V.: BDZV.de und des Verbands Südwestdeutscher Zeitungsverleger e.V.: VSZV.de



Peter Schwab (dritter von links) vom KV Stuttgart wurde wieder zum Vorsitzenden des Fachausschusses Presse- und Öffentlichkeitsarbeit gewählt, seine Stellvertreterin ist Jutta Wellenreuther (rechts) aus dem KV Karlsruhe. Foto: Dagmar Lange

PETER SCHWAB IST VORSITZENDER FA PRESSE- UND ÖFFENTLICHKEITSARBEIT HAT SICH KONSTITUTIERT

Der Fachausschuss Presse- und Öffentlichkeitsarbeit hat sich konstituiert und seine Arbeit aufgenommen. Bei der Sitzung in der DJV-Geschäftsstelle in Stuttgart wurde Peter Schwab per Akklamation zum Vorsitzenden gewählt, seine Stellvertreterin ist Jutta Wellenreuther.

Die Wahl leitete der neue DJV-Geschäftsführer Martin Wedekind, der sich den Mitgliedern vorstellte. Glückwünsche für die neue Fachausschusspitze gab es von der Landesvorsitzenden Dagmar Lange, die ebenfalls zur Sitzung gekommen war. Die Mitglieder des Ausschusses erarbeite-

ten bei ihrem Treffen in Stuttgart einige Themen für mögliche Veranstaltungen in der nächsten Zeit: Die Palette reicht von einem Besuch beim SWF-Sinfonieorchester über einen Termin bei Daimler zum Thema „Autonomes Fahren“ oder dem Digitalisierungsprozess im Württembergischen Landesmuseum. Vorgeschlagen wurden auch aktuelle Zukunftsthemen wie Künstliche Intelligenz („Wenn Roboter Texte schreiben“) oder über Seitenwege im Journalismus („Sind PR-Leute die besseren Journalisten?“).

Ulrich Spitzmüller ■

„JOURNALISMUS IM FILM“

KV MANNHEIM/HEIDELBERG
STARTET FILMREIHE

Ohne Pressefreiheit gibt es keine Demokratie. Ein Allgemeinplatz? Leider nein. Weltweit ist freie Presse unter Druck. Nicht nur in traditionell autoritären Staaten. In den USA, in Ungarn, in Polen wird Pressefreiheit eingeschränkt. Weltweit sitzen tausende von Journalist*innen im Gefängnis, alleine in der Türkei über 100. Auch bei uns sind Medien zunehmend mit einem feindseligen Klima konfrontiert. Tätliche Übergriffe, Drohungen und Einschüchterungsversuche werden salonfähig.

Gemeinsam mit dem Karlstorkino, Heidelberg, startet die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju) Rhein-Neckar und der Deutsche Journalistinnen- und Journalisten Verband (DJV) Kreisverband Mannheim/Heidelberg eine Filmreihe, die zeigt, wie notwendig freier Journalismus ist, um Fehlentwicklungen der Gesellschaft auf die Spur zu kommen. „Journalismus im Film“ will zeigen, dass journalistische Recherche und Hartnäckigkeit unverzichtbar sind, um Machtmissbrauch zu enthüllen und zu verhindern. Die beste Antwort auf „Fake News“ ist guter unabhängiger Journalismus.

www.karlstorkino.de/programm/aggregat

Michael Tschugg ■

henkel
druckt.

Farben.Pracht. Produkt.Vielfalt. Glanz.Leistungen.

Henkel ist **Ihre** Druckerei in Stuttgarts Norden.
Mit innovativen Technologien rund um den Bogenoffset.
Und persönlichem Service drumherum.

Henkel GmbH
Druckerei
Tel. 0711.9876700
www.henkeldruck.de



Hubert Engeroff, Martin Wedekind und Dagmar Lange, Foto: Anita Rogg

UNSER NEUER GESCHÄFTSFÜHRER

Nach einem halben Jahr ohne hauptamtlichen Geschäftsführer, ist seit diesem Januar die Stelle des Geschäftsführers des DJV-Landesverbandes mit Martin Wedekind wiederbesetzt. Für alle, die ihn nicht im Rahmen des Gesamtvorstandes oder bei Fachausschusssitzungen bereits persönlich kennenlernen konnten, hier eine kurze Vorstellung.

Martin Wedekind (39 Jahre) ist Volljurist und hat zudem den Masterstudiengang „Medienrecht“ (LL.M.) an der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz absolviert. Zuvor war Wedekind bei der Landesanstalt für Kommunikation (LFK) tätig, zuerst als Referent, dann in der Stabsstelle des LFK-Präsidenten. Insbesondere Fragestellungen, die sich aus der Digitalisierung des Rundfunks ergeben, die Regulierung von Plattformen, die Begleitung der nationalen und internationalen Frequenz- und Netzpolitik sowie die entsprechenden Gesetzgebungsverfahren, aber auch die Umsetzung der DSGVO gehörten zu seinen Aufgabengebieten. Seine Zuwendung zur Medienbranche ist nicht neu: Wedekind war u.a. als Produktionsassistent und Aufnahmeleiter bei TV- und Filmpro-

duktionen tätig und ist Autor für den Beck-Verlag.

In den ersten Wochen der Einarbeitung hat Martin Wedekind bereits fast das ganze Spektrum der vielfältigen Aufgaben, insbesondere bei der Rechtsberatung, und auch die Kolleg*innen aus anderen Landesverbänden wie vom Bundesverband kennengelernt. Der Terminkalender der letzten Wochen war reichlich gefüllt. Deshalb kamen seine Britisch-Kurzhaar-Katzen bzw. der Laufsport wohl etwas zu kurz.

Die gute Einarbeitung von Martin Wedekind verdankt der DJV Baden-Württemberg nicht zuletzt Hubert Engeroff, über 23 Jahre lang DJV-Bundeshauptgeschäftsführer, bis er Ende März 2009 in den Ruhestand ging. Durch seine profunde DJV-Erfahrung trug Engeroff in den letzten Monaten maßgeblich dazu bei, dass vor allem Rechtsschutzangelegenheiten professionell bearbeitet wurden. Außerdem war Engeroff bei allen die Geschäftsstelle betreffenden Fragen „der Fels in der Brandung“. Der DJV-Landesvorstand dankt Hubert Engeroff herzlich für sein Engagement.

Dagmar Lange ■

HOCHSCHULBEAUFTRAGTER DES DJV BADEN-WÜRTTEMBERG



Daniel Völpel, Foto: Ferdinando Iannone

Für den journalistischen Nachwuchs erweitert der DJV Baden-Württemberg sein Service-Angebot: Der freie Journalist Daniel Völpel ist seit diesem März neuer Hochschulbeauftragter des DJV im Südwesten. Den Universitäten und Hochschulen steht er als Ansprechpartner zur Verfügung: bei Fragen rund um den Journalismus und die Medienbranche, zu Einstiegen in den Beruf und Karrieremöglichkeiten. Der 40-Jährige möchte so Kontakte zu Studierenden, Dozentinnen und Dozenten aufbauen. Wenn die Hochschulen beispielsweise Infoveranstaltungen oder Berufsmessen organisieren, stellt Völpel die Berufswegen im Journalismus vor. Für Vorträge und Diskussionen vermittelt er sachkundige Kolleg*innen. Daniel Völpel hat an den Universitäten Stuttgart und Tübingen Luft- und Raumfahrttechnik, Geschichte und Politikwissenschaften studiert. Nebenher sammelte er als freier Journalist erste Berufserfahrung. Nach dem Uni-Abschluss und einem Volontariat arbeitete er als Redakteur bei der Ludwigsburger Kreiszeitung und dem Schwarzwälder Boten. Seit mehr als zehn Jahren ist er als freier Journalist für verschiedene Medien in Baden-Württemberg sowie als Referent für die Journalistische Berufsbildung (JBB) und verschiedene Volkshochschulen tätig.

Daniel Völpel freut sich auf Anfragen und Anregungen unter: uni@djv-bw.de red ■

VG BILD-KUNST

Auf Empfehlung des DJV Bundesfachausschusses Bildjournalisten wurde Manfred Herbertz, zweiter Landesvorsitzender im DJV Landesverband Baden-Württemberg, als Mitglied des Beirates in der Stiftung Kulturwerk der VG Bild-Kunst vorgeschlagen. dl ■

MÄRZ-GESELLSCHAFT

Prof. Dr. jur. Albrecht Götz von Olenhusen wurde wegen seiner außergewöhnlichen Verdienste zum Senator der MÄRZ Gesellschaft e.V. ernannt. Die MÄRZ-Gesellschaft will die Werk- und Wirkungsgeschichte des MÄRZ-Verlags weiter erforschen. sm ■

ALTE SCHREIBMASCHINEN UND URALTE COMPUTERUNGETÜME

KREISVERBAND ORTENAU BESUCHTE NEUES TECHNIKMUSEUM TEMOPOLIS



Besuch im Technik-Museum: Silke Keil, Frank Leonhardt, Reinhard Reck (alle DJV) mit Hans-Peter Schemitz (Temopolis) Foto: Ulrich Spitzmüller

Frank Leonhardt ist Journalist, langjähriges Vorstandsmitglied in der DJV-Kreisgruppe Offenburg/Ortenau – und technikbegeisterter Sammler: Er war eine der Triebfedern für das Technische Zukunftsmuseum TEMOpolis, das sich vor rund einem Jahr in Offenburg etabliert hat. Eine kleine Runde der DJV-Kreisgruppe Offenburg/Ortenau besuchte im November das derzeit in einer Industriehalle untergebrachte Museum. Sie unternahm dabei eine kleine Zeitreise durch die Anfänge der elektronischen Kommunikation, aber auch Mechanik und Elektrotechnik haben mit vielen Geräten und Maschinen ihren Stellenwert in der Ausstellung. Nostalgiegefühle kamen bei einer alten Musikbox

oder einem klassischen Telefon mit Wählscheibe auf, auch technische Ungewöhnlichkeiten als Vorläufer der heutigen PCs oder als Schmuckstück gar einer der ersten Geldautomaten sind in der Ausstellung zu sehen. Journalistenherzen schlagen höher beim Anblick alter Schreibmaschinen, weil auf solchen Geräten oft die ersten journalistischen Gehversuche erfolgten.

Viele Exponate haben namhafte Firmen aus der Region beigesteuert: Von Burda stammt eine alte Druckereipresse, die Hochschule Offenburg hat ein dort entwickeltes „Auto“ gespendet, das mit einem Liter Sprit stolze 1.800 Kilometer gefahren ist. „Technik ist auch Kultur“ ist

das Credo von Frank Leonhardt, mit dem er auf die Unterstützung der Stadt Offenburg und weiterer Verbündeter hofft. Denn der Verein mit seinen derzeit 50 ehrenamtlich tätigen Mitgliedern würde sein Museum gerne im zentralen Offenburg ansiedeln und dort die Museumslandschaft bereichern.

Das Technikmuseum kommt an – nicht nur wegen der vielen technischen Geräte und Raritäten, die die Älteren an die eigene Jugendzeit erinnern, sondern auch bei Kindern, die – wie die DJV-Mitglieder bei ihrem Besuch – großen Spaß an einem netten kleinen Roboter haben.

Weitere Infos: www.temopolis.de

Ulrich Spitzmüller ■

FUSION IN NORDWÜRTTEMBERG IM BLICK

KREISVERBAND LUDWIGSBURG WILL MIT DEN NACHBARN ZUSAMMENGEGEHEN

Nach der vertagten Reform der Strukturen im DJV Baden-Württemberg will der Kreisverband Ludwigsburg nun zumindest die bereits vor einigen Jahren angedachte Fusion mit dem Kreisverband Rems-Murr verwirklichen. Das beschlossen die Teilnehmer der Jahresversammlung des Kreisverbands am 21. Januar. Im Lauf des Jahres 2019 soll

der Kreisvorstand dazu mit dem Vorstand des Rems-Murr-Verbands und auch dem aus Heilbronn beraten, ob dort ebenfalls Interesse an einer Fusion besteht. Wenn ja, sollen die Kreisverbände zügig fusionieren, damit man bei den nächsten Wahlen ausreichend Personal für die zu besetzenden Ehrenämter findet.

Im Rückblick auf das Jahr 2018 im DJV diskutierte die Jahresversammlung noch einmal die Tarifrunde bei den Tageszeitungen – unter anderem mit dem Ergebnis, dass der Verband seine Positionen der Basis besser erklären müsse. Wahlen standen in diesem Jahr nicht an.

Daniel Völpel ■



Foto: Stefan Bau

MZF – AUF EIN NEUES!

Nach dem Medien|Zukunft|Festival ist vor dem Medien|Zukunft|Festival – das heißt es seit einigen Wochen für das neu formierte Organisationsteam, das für diesen Herbst eine Neuauflage der Veranstaltung plant. Denn nachdem die Resonanz auf die allererste Veranstaltung so positiv war und sich auch die Gremien des DJV Baden-Württemberg entschieden haben, das MZF erneut finanziell zu unterstützen, gab es Anfang Februar ein erstes Treffen.

Dabei wurden anhand des Resümees aus der Premiere Mitte Oktober nicht nur über Veranstaltungsformate, wie Diskussionsrunden und Workshops, sowie Themenideen gesprochen, sondern auch schon erste Aufgaben verteilt.

Die Projektleitung übernimmt diesmal ein Duo aus Sandra Andres, die neu dazugestoßen ist, und Meena Stavesand. Zum Organisationsteam gehören auch Christine Faget, Julia Schweizer, Christoph Holbein, David Kirchgeßner und Gregor Landwehr. Die Planungen für das Programm schreiten voran. Die Teammitglieder

kontaktieren derzeit Referenten für das Podium und die Workshops zu aktuellen journalistischen Themen und Arbeitsweisen. Der Austausch erfolgt wie schon im vergangenen Jahr wieder über regelmäßige Skype-Konferenzen und spezielle Plattformen. Denn das Ziel ist klar: Das Medien|Zukunft|Festival 2019 soll wieder alle jungen und erfahrenen Journalisten aller Sparten und daran Interessierte ansprechen und miteinander vernetzen – und wird nicht der letzte Termin seiner Art sein. Über die nach wie vor bestehende Homepage www.medien-zukunft-festival.de sowie die sozialen Netzwerke können Interessierte auf dem Laufenden bleiben.

 **Save The Date:
23.11.2019 in Mannheim**

Neuigkeiten zum #MZF19 gibt es auf der Website sowie in den Sozialen Netzwerken auf Twitter (@medienfestival), Instagram (www.instagram.com/medienfestival) und unter www.facebook.com/Medien.Zukunft.Festival.

Julia Schweizer ■

MITSTREITER GESUCHT FÜR REPORTER-SLAM IN FREIBURG

Sieben DJV-Mitglieder, davon vier Vorstandsmitglieder des Kreisverbands, haben sich im Februar zur Kreisversammlung in der Tanne in Tannenkirch getroffen. Mit derzeit 60 Mitgliedern ist das für einen kleinen Kreisverband wie Hochrhein eine ordentliche Quote. Im Vergleich zum Vorjahr gab es keinen Mitgliederschwund, sondern tatsächlich ein minimales Plus. Wahlen gab es keine, dafür aber einige Neuigkeiten: Geraldine Friedrich amtiert nun seit Mitte 2018 zusätzlich zum Job als Kreisvorsitzende Hochrhein auch als Vorsitzende des Fachausschusses Freie Journalist*innen des Landesverbands Baden-Württemberg. Manfred Herbertz, stellvertretender Kreis- und Landesvorsitzender berichtete über zwei neue Personalien aus der Geschäftsstelle in Stuttgart. Die Anwesenden nahmen positiv auf, dass die Geschäftsstelle mit ihrem neuen Geschäftsführer Martin Wedekind und Tatjana Massier wieder voll funktionsfähig ist. Heiß diskutiert wurde auch das Für und Wider der landesverbandseigenen Journalistenakademie in Stuttgart und die Folgen des Tarifabschlusses für die Tageszeitungen.

Ebenfalls neu: Erstmals plant der DJV Kreisverband Hochrhein eine gemeinsame Veranstaltung mit den Freischreibern, dem Berufsverband für freie Journalisten: Am 3. Mai, dem Tag der Pressefreiheit öffnen sich um 20 Uhr die Tore in der Mensabar in Freiburg zum Reporter-Slam. Motto: Halt die Presse! Immer nur meckern? Nix da. Am Welttag der Pressefreiheit zeigen wir, dass Journalismus auch Spaß machen darf. Beim großen Freiburger Reporter-Slam tragen freie und fest angestellte Journalist*Innen aus Baden-Württemberg ihre verkorkstesten Texte, ihre bösesten Leserbriefe und ihre schrägsten Interview-Erlebnisse vor. Lachen ausdrücklich erlaubt. (Eintritt frei; Spende erbeten)

Bitte streicht Euch / streichen Sie sich den Termin bereits jetzt dick und fett im Kalender an. Und: Wer möchte mitmachen und einige Anekdoten vortragen? Je mehr wir sind, desto besser. Bitte melden bei Geraldine Friedrich per Mail Gera.friedrich@gmail.com oder Tel. 07621 51011-68. Geraldine Friedrich ■

PROJEKT „STRUKTUR“

ZUKUNFT UNSERES JOURNALISTENVERBANDS

Aus vier unterschiedlichen Perspektiven – Gremien, Mitglieder, Technik, Flächenorganisation – arbeiteten in Workshops etwa 20 DJV-Mitglieder an der Verbesserung der Struktur des Landesverbandes. Am sonnigen Samstag, den 23. März, hatten sie sich dazu in der Geschäftsstelle in Stuttgart getroffen. Die Einladung war an den gesamten Landesverband gegangen, um allen die Möglichkeit zur Mitarbeit zu geben. Das Projekt „Struktur“ war von einem Gewerkschaftstag ins Leben gerufen worden und hatte im Vorfeld verschiedene Modelle für die Gremien vorbereitet, die z.B. bei der letzten Mandatsträgerkonferenz diskutiert wurden. Außerdem hatte der Bundesfachausschuss Zukunft (früher: „Junge“) auf dem Verbandstag ein

Ideenpapier vorgestellt, wie sich nach Ansicht der jungen Kolleginnen und Kollegen der DJV neu aufstellen müsse, um für die Zukunft gewappnet zu sein. Auch die Überlegungen ihres Antrags war in die Vorbereitung mit eingeflossen. Mit großer Konzentration widmeten sich, unter der Moderation von Wolfgang Heinzel, die Kolleg*innen detailliert den offenen Fragen der Organisation, des Images und der Zielgruppe und überprüften, ob die geltenden Kriterien noch den Anforderungen der Gegenwart genügen.

SCHLAGLICHTER AUF DIE WORKSHOP-ARBEIT:

WIE ORGANISIEREN WIR UNS IN DER FLÄCHE

Das Ziel muss lauten, alle Mitglieder und Interessierte arbeitsplatznah und wohnortnah zu erreichen und ihnen nicht zu lange Wege zuzumuten. Trotzdem besteht ein starkes Interesse daran, sich in größeren Einheiten als den Kreisverbänden zusammenzuschließen. Eine sinnvolle Möglichkeit könnte sein, sich stärker auf Medienhäuser zu orientieren. Auch die Position der Freien sollte gestärkt werden. Die Arbeitsgruppe hat sich ausführlich dem Widerspruch „Größere Einheiten versus Nähe zu den Mitgliedern“ gewidmet und wird sich ein weiteres Mal treffen, um Lösungen zu erarbeiten.

WELCHE GREMIEN MIT WELCHEN KOMPETENZEN SIND (NOCH) NÖTIG?

Das im Vorfeld erarbeitete „Modell 1“, in welchem die KVs durch Regionalverbände ersetzt werden, verbietet nicht, dass Kreise sich weiterhin auch auf Kreisebene austauschen. Dennoch zeigt der Wunsch einzelner Kreisverbände nach Fusion – die Fusion Tauber-Oden-

wald etwa wurde jüngst beschlossen, weitere sind in Diskussion – dass die Tendenz hin zum Zusammenschluss größerer Einheiten geht. Auch die Arbeit in weiteren Gremien zeigt, dass Inhalte zunehmend wichtiger sind als Nähe. So hat sich bei einigen Fachausschüssen in der Praxis eine sinnvolle Kooperation aus verschiedenen Fachausschüssen bewährt. Jede Veränderung hin zu Projekt- und Regionalverbänden darf nicht die Frage der Quotierung außer Acht lassen, um zu vermeiden, dass Stimmen verloren gehen.

Neue Mitglieder sollten besser darüber informiert werden, wie der DJV und seine Ausschüsse funktionieren und wie sie sich einbringen können, sie sollten eine übersichtliche Informationsbroschüre über ihren (neuen) Landesverband erhalten.

WIE SOLL SICH DIE MITGLIEDERSTRUKTUR WEITENENTWICKELN?

Hauptberuflichkeit als Kriterium wird immer unrealistischer, daher sollten die bundesweiten Richtlinien des DJV für die Aufnahme in den Verband zwar



Nach den Berichten aus den Workshops wird im Plenum diskutiert. Foto: Dagmar Lange



Mittagspause bei strahlendem Sonnenschein. Foto: Susann Mathis

beibehalten, aber erweitert werden, etwa um die Kriterien der abgeschlossenen journalistischen Ausbildung. Im Detail muss man sich darüber hinaus der Frage widmen, in welchem Umfang dann der Rechtsschutz abgesichert werden kann. Auch darf der Presseausweis nicht dadurch entwertet werden, dass er auch an Laien ausgegeben würde, die ein Mal pro Monat einen Beitrag zu einem persönlichen Steckbrief schreiben.

WELCHE TECHNISCHE INFRASTRUKTUR SOLL DER DJV BIETEN?

Unter dem Aspekt der Teilhabe und des Austauschs braucht der Verband nicht nur eine professionell eingerichtete, sichere Cloud zum Datenaustausch, sondern auch ein Kommunikationstool wie etwa Slack, um gemeinsam an Dokumenten zu arbeiten. Am besten sollte man sich aus Kosten- und Effizienzgründen an die Technik des Bundesverbands anschließen. So verwendet der DJV etwa Go-to-Meeting für seine Webinare. Mit diesem Werkzeug könnte man auch Präsenzsitzungen abhalten und so die Teilnahme von Mitgliedern aus beispielsweise Lörrach und Moosbach erleichtern. Gewünscht wurde

auch ein Kalender auf der Homepage für Gremientreffen, Seminare und Treffen der Kreisverbände und eine E-Mailadresse für die einzelnen KVs, die an die Vorstände weitergeleitet werden.

Auch dieser Workshop konstatierte, dass der Trend eher zur Mitarbeit bei Projekten als in Gremien geht, Möglichkeiten zur Mitarbeit sollten transparenter gestaltet werden. Und man sollte Debatten im Verband fördern, z.B indem man für angemeldete Mitglieder Kommentarfunktionen freischaltet. Social Media war ein großes Wunschthema – die Fragen nach Geld und Zeit ließen den Workshop aufseufzen.

Der Landesvorstand wird nun aus den Arbeitsergebnissen beschlussfähige Vorschläge für den Landesgesamtvorstand entwickeln. Der Landesgesamtvorstand ist das höchste demokratische Gremium zwischen den zweijährlichen Landesgewerkschaftstagen und besteht aus den Vorsitzenden der Kreisverbände und Fachausschüsse sowie dem Landesvorstand.

Susann Mathis ■

STRUKTUR

BRAUCHEN WIR UPLOADFILTER

Vor allen Dingen Artikel 13 steht im Zentrum der medialen Aufmerksamkeit. Aber oft scheint in der Diskussion nicht so ganz klar zu sein, welche Uploadfilter in der Diskussion eigentlich gemeint sind. Es gibt sehr viele unterschiedliche Arten dieser Filter: An welche Art von Uploadfilter dachten denn die Europa-Politiker, die den Kompromiss zum neuen europäischen Urheberrecht ausgearbeitet haben?

MANGELHAFTES WISSEN IN DER POLITIK

Vermutlich schwirrten da sehr unterschiedliche Vorstellungen von Uploadfiltern durch die Köpfe der Abgeordneten. Und bei einigen Politikern ist es wohl eher zweifelhaft, ob sie konkrete Vorstellungen haben, wie ein Uploadfilter aussieht und wie er funktionieren soll. Jedenfalls haben das weder der Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments, noch der Rat, noch die Kommission Uploadfilter in ihren Texten überhaupt definiert. Stellt sich also die Frage: Was sollen diese Filter prinzipiell leisten? Die allgemeinste Antwort lautet: Sie sollen Beiträge, die auf eine Plattform hochgeladen werden sollen, vor dem Hochladen prüfen, ob es irgendeine Urheberrechtsverletzung gibt.

WASSERZEICHEN

Auch heute schon werden verschiedene Filter eingesetzt, die sehr unterschiedlich arbeiten. Ziemlich unproblematisch sind Filter als Suchprogramme, die einfach eine Art Wasserzeichen suchen, das die Autoren oder Produzenten von Videos oder Audiostücken, aber auch von Texten in ihre Datei eingearbeitet haben. Wird solch ein Wasserzeichen erkannt, meldet das System einen Urheberrechtshinweis. Dann muss per Datenbankabfrage geklärt werden, welche Verwertungsrechte definiert sind und welche Verwertungsmöglichkeiten vorliegen.

FILTERSYSTEM PRÜFSUMME

Etwas weiter geht da schon heute Google. Der Internet-Konzern verwendet ein Filtersystem, bei dem Autoren und Produzenten von Videos und Musikstücken Prüfsummen ihrer Werkdateien hinterlegen. Will ein Internet-Nutzer ein Video hochladen, wird von seiner Datei eine Prüfsumme berechnet und mit den in einer Datenbank hinterlegten Prüfsummen der geschützten Werke verglichen.

FILTER ALS ZENSURZWECK

Bei einer Übereinstimmung gibt es eine Urheberrechtsmeldung, die Datei kann nicht hochgeladen werden. Das funktioniert bei Videos und Audios relativ gut. Allerdings kommt es oftmals zu ungerechtfertigten Verwertungsblockaden.

Stellt die Prüfsoftware zum Beispiel bei einem Video von einer Demonstration per Prüfsumme eine Urheberrechtsverletzung fest, weil im Hintergrund die Demo-Band den Teilnehmern mit einem urheberrechtlich geschützten Musiktitel einheizt, wird das Video blockiert. Urheberrechtlich bzw. verwertungsrechtlich wäre diese Musik als "unwesentliches Beiwerk" in einem Video über eine Demonstration durchaus erlaubt. Doch die Uploadfilter von Google berücksichtigen solche Verwertungsschranken nicht (ausreichend).

Bei Fotos ist das noch schwieriger. Bei Texten kann man damit überhaupt keine Ergebnisse erzielen. Mit den hier verfügbaren und verwendeten Uploadfiltern lassen sich Urheber- und Verwertungsrechte überhaupt nicht schützen. Filter dieser Art sind ursprünglich zu Zensurzwecken entwickelt worden.



INSGESAM GEHT ES UM DREI THEMEN.

Es geht um ein Leistungsschutzrecht für Presseverleger, die Beteiligung der Verleger an den Einkünften der Verwertungsgesellschaften und um die Einführung von Uploadfiltern – kurz gesagt: Es geht um die Artikel 11, 12 und 13 im Entwurf für eine europäische Urheberrechtsreform. Die Pläne sind umstritten. In der Auseinandersetzung um ein neues europäisches Urheberrecht wird mit harten Bandagen gekämpft.

BABIES ALS TALIBAN



Bei Fotos werden bildbestimmende Farben und Elemente zu einer Prüfsumme verrechnet. So erstellt etwa ein Filter von Microsoft einen digitalen Fingerabdruck eines Fotos. Das Verfahren ist zum Beispiel eingesetzt worden, um zu verhindern, dass Fotos von Taliban-Führern auf Plattformen hochgeladen werden.

Als Folge wurden bei Facebook, die dieses Verfahren einsetzen, viele Fotos von Neugeborenen blockiert, weil sie angeblich terrorverdächtig sind. Bei genauerer Analyse liegt das daran, dass Babies und Taliban mit sehr vielen weißen Textilien bedeckt sind. Das führt dann zu einer Übereinstimmung bei der Prüfsumme. Bei Texten kommen Prüfsummen bisher nur zum Einsatz, um sicherzustellen, dass eine Originaldatei nicht manipuliert wurde. Textfilter arbeiten dagegen mit Scanningsoftware. Diese haben aber oft ein Problem, den Textzusammenhang zu erkennen. Ganz furchtbar ist das, wenn nur nach einzelnen Stichworten gesucht wird. Dann werden etwa alle Texte zurückgewiesen, in denen Suchworte erkannt werden, die auf einem Index stehen.

Datenbasis. Aber Softwareauswahl und Datenbasis wollen die Urheberrechtspolitiker den Plattformbetreibern überlassen. Die Politik will hier nicht einmal Mindeststandards definieren.

Deshalb kann man heute schon die Prognose wagen: Diese Uploadfilter werden jede Menge Dateien zurückweisen, in denen nun wirklich keinerlei Urheberrechtsverletzung steckt. Gegen diese Entscheidung von Algorithmen gibt es keinen wirklich effektiven Rechtsweg. Denn der Nutzer hat den AGB von Youtube & Co zugestimmt. Zwar sieht der Reformentwurf ein Beschwerdemanagement vor. Aber das bleibt schwammig und da ist nirgendwo definiert, wer für Beschwerden zuständig ist, in welchem Zeitraum die bearbeitet werden müssen. Deshalb wird hier Meinungsfreiheit massiv eingeschränkt. So nimmt sich die Google-Tochter Youtube 30 Tage für die Bearbeitung einer Beschwerde über die Sperrung eines Videos. Nach 30 Tagen ist ein Video, mit dem über eine Demonstration berichtet wird, natürlich hoffnungslos veraltet und interessiert niemanden mehr. Ein Beitrag zur Meinungsbildung kann damit jedenfalls nicht mehr geleistet werden.

POLITIK MACHT ES SICH ZU EINFACH

So hat ein Prüfprogramm von Google Texte zurückgewiesen, in denen das Wort Analyse vorkam. Die wurden als pornografisch eingestuft: Anal -yse. Fortgeschrittenere Mustererkennungsprogramme machen diesen Fehler nicht. Aber die können dann zum Beispiel Zitate nicht erkennen oder Ironie. Hinzu kommt bei allen Filtersystemen, dass sie natürlich nur so gut sind wie ihre

Verantwortungsvoll wäre ein Kompromiss, Dateien nur auf Wasserzeichen untersuchen zu lassen. Aber schon bei der Diskussion im Rechtsausschuss im Sommer 2018 hat sich gezeigt, dass kein Verständnis für die unterschiedlichen Arten von Filtern vorhanden ist.



Peter Welchering ■

AMTSBLÄTTER DÜRFEN NICHT WIE EINE ZEITUNG BERICHTEN

Die Grenzen der Berichterstattung kommunaler Amtsblätter hat der BGH in einem Urteil aufgezeigt. Demnach ist eine pressemäßige Berichterstattung über das gesellschaftliche Leben in einer Kommune die originäre Aufgabe der lokalen Presse und nicht des Staates. DJV-Landesgeschäftsführer Martin Wedekind gibt Einblicke in die Urteilsbegründung.

Die Entscheidung „Crailsheimer Stadtblatt II“ des Bundesgerichtshofs (BGH) arbeitet eine klare Trennung zwischen – durchaus zulässigen – kommunalen Publikationen und lokaler Presseberichterstattung heraus (Urteil vom 20. Dezember 2018, Az.: I ZR 112/17). Der Entscheidung lag ein Rechtsstreit zwischen der Südwestpresse (Neue Pressegesellschaft) und der Stadt Crailsheim zugrunde. Die Stadt verteilt seit 2016 wöchentlich ein kommunales Amtsblatt („Stadtblatt“), das neben einem amtlichen einen redaktionellen sowie einen Anzeigenteil enthält. Der redaktionelle Teil wird von der Stadt selbst verantwortet. Bis Mitte 2015 wurde darin auch über Wirtschaft, Parteipolitik und Sport berichtet. Dies hielt der Verlag der Südwestpresse für wettbewerbswidrig. Und bekam letztlich Recht.

Im für die Presse wesentlichen Kern der Entscheidung geht es um die Frage, in welchen Grenzen sich der Staat auf dem Gebiet der Presse betätigen darf. Denn die nach dem Grundgesetz gewährleistete Pressefreiheit erfordert zur Sicherung der Meinungsvielfalt die Staatsferne der Presse. Daher ist eine pressemäßige Betätigung von Hoheitsträgern nur im Rahmen der ihnen zugewiesenen Aufgaben zulässig, die freie Presse darf nicht gefährdet werden.

Der BGH entschied, dass staatliche Kommunikation grundsätzlich zulässig sei, um Politik verständlich zu machen, die Bevölkerung über Politik und Recht im jeweiligen Aufgabenkreis zu informieren und staatliche Tätigkeit transparent zu gestalten. Dies könne auch in presseähnlicher Form geschehen. Eine Gemeinde erfülle daher mit der Veröffentlichung amtlicher Mitteilungen durchaus öffentliche Aufgaben. Auch Berichte über die kommunale Wirtschaftsförderung könnten Teil der zulässigen Öffentlichkeitsarbeit einer Gemeinde sein. Gleichfalls ohne weiteres zulässig sei die Unterrichtung



DJV Landesgeschäftsführer
Martin Wedekind

der kommunalen Öffentlichkeit über die aktuelle Tätigkeit und die künftigen Vorhaben der Kommunalverwaltung und des Gemeinderats.

Allerdings lässt sich nach dem BGH eine die Grenzen zulässiger staatlicher Kommunikation klar überschreitende Tätigkeit ausmachen, die eine vom Staat unabhängige Meinungsbildung der Öffentlichkeit gefährdet.

Hierzu zählt der BGH allgemeine Beiträge über ortsansässige Unternehmen, die Bewertung privater Initiativen oder die allgemeine Leserberatung. Ebenso seien rein gesellschaftliche Ereignisse – etwa aus den Bereichen Sport, Kunst und Musik – in der Regel keine Aufgabe der öffentlichen Verwaltung und kein zulässiger Gegenstand gemeindlicher Öffentlichkeitsarbeit. Denn die pressemäßige Berichterstattung über das gesellschaftliche Leben in einer Gemeinde stelle laut BGH gerade eine originäre Aufgabe der lokalen Presse und nicht des Staates dar.

Bei seiner Entscheidung berücksichtigte der BGH auch die optische Gestaltung der Publikation, bzw. redaktionelle Elemente der meinungsbildenden Presse, wie Glossen, Kommentare oder Interviews und die Frequenz des Vertriebs. Der BGH sieht in der Verwendung pressemäßiger Darstellungselemente und einer regelmäßigen Erscheinungsweise allein nicht automatisch eine Verletzung des Gebots der Staatsferne der Presse. Diese Grenze würde aber überschritten, wenn das Druckwerk nicht mehr als staatliche Publikation erkennbar ist. Eine Anzeigenschaltung sei ebenfalls nicht generell unzulässig, sondern könne zulässiger, fiskalisch motivierter Randnutzen sein. Im Falle einer kostenlosen Verteilung erhöhe sich zudem die Gefahr einer Substitution privater Presse.

Martin Wedekind ■

PRIVILEGIEN NICHT PREISGEBEN!

EIN APPELL AN DIE ZEITSCHRIFTENVERLEGER

Zeitschriften brauchen unabhängigen Journalismus und recherchierende Journalist*innen. Foto: Susann Mathis

Unter den ca. 300 Zeitschriftenjournalist*innen, die Mitglieder des DJV Baden-Württemberg sind, machen sich viele Gedanken darüber, ob ihre Redaktionen wirklich noch für unabhängigen Journalismus stehen. Manche dieser Kolleg*innen haben ohnehin nur im Rahmen von außerbetrieblichen Fortbildungen und bei DJV-Zusammenkünften die Möglichkeit, sich auszutauschen. Fachzeitschriften werden oftmals von Einzelkämpfern gemacht. Im Bereich Publikumszeitschriften lösen große Verlagshäuser die Redaktionen immer häufiger auf und schaffen stattdessen Pools für einzelne Themenfelder wie Gesundheit, Mode, Technik, aus denen sämtliche Blätter des Konzerns schöpfen.

Redaktionen sind jedoch wichtig: In Redaktionskonferenzen werden Standpunkte diskutiert, Haltungen gefunden, Linien festgelegt. Dies gilt nicht nur für Magazin-Redaktionen wie „Spiegel“ oder „stern“. Es ist auch für Computerzeitschriften wichtig, für Frauenzeitschriften, für Gartenmagazine. Wir Journalist*innen sind das unseren Leser*innen schuldig. Sie müssen sich auf uns verlassen können. Der Blick ins Impressum muss signalisieren: Das sind die Experten, denen ich mich durch den Kauf der Zeitschrift anvertraue.

Deshalb muss gesichert sein, dass die Inhalte der jeweiligen Zeitschrift nicht von PR-Agenturen gesteuert werden. Nehmen wir das Beispiel Monsanto: Bayer hat selbstverständlich eine andere Sicht auf die Dinge als eine unabhängige Gartenzeitschrift. Wenn Redakteure von Gartenzeitschriften allerdings aus Kostengründen aufgefordert wären, das von Bayer zur Verfügung gestellte Material unbearbeitet zu nutzen, gäben sie ihre Unabhängigkeit preis.

Es gibt inzwischen große Verlage, die Inhalte nicht einmal mehr selbst generieren, sondern ihre Redaktionen explizit anweisen, aus Kostengründen ausschließlich mit von PR-Agenturen geliefertem Content zu arbeiten. In der Sparte Medizin verlangen führende Medienkonzerne seit einiger Zeit von ihren Mitarbeiter*innen, mit Agenturen der Pharmaindustrie zu kooperieren. Der Online-Ableger der Burda-Zeitschrift „Lisa“ wurde im September 2018 vom Deutschen Presserat gerügt, weil Schleichwerbung für ein homöopathisches Mittel nachgewiesen werden konnte. Die Trennung von Werbung und Redaktion, in Ziffer 7 des Pressekodex verankert, wurde von „Lisa“-Online missachtet. Verlags-Controller, die auf diese Weise Kostenreduktion bzw. Werbeeinnahmenmaximierung betreiben wollen,

handeln riskant und kurzsichtig: Leser*innen schätzen, gerade im Internet- und Google-Zeitalter, die Unabhängigkeit von Medienhäusern. Ist diese nicht mehr gegeben, werden sie über kurz oder lang abspringen. Unternehmen wie Red Bull machen bereits vor, in welche Richtung es gehen kann: Eigene Medien wie das zehn Mal pro Jahr erscheinende Lifestyle-Magazin „The Red Bulletin“ befeuern die Marketingmaschinerie des Getränkeproduzenten im Sinne des Corporate Publishing. Zeitschriftenverlage müssen sich davon klar abgrenzen und auch künftig ein Garant für recherchierte Informationen sein. Das ist ihr USP.

Verleger*innen sollten ihre Journalist*innen nicht den Controller*innen ausliefern. Nicht nur aus ethischen Gründen, sondern auch aus betriebswirtschaftlichen. Lassen sich Verlagshäuser ausschließlich von unternehmerischem Denken leiten, gefährden sie ihre verlegerischen Privilegien: Tendenzschutz, reduzierte Mehrwertsteuer etc. Sonntagsreden von Verleger*innen helfen nicht weiter. Der Zeitschriftenjournalismus braucht wieder mehr Verantwortung und Journalist*innen, denen die Zeit zugebilligt wird, selbst zu recherchieren und zu schreiben. Etliche unserer Leser*innen merken schon heute, dass Verlagshäuser Content nur noch hin und her schieben.

Wie viele Betriebswirte haben schon darüber nachgedacht, welche Errungenschaften sie mit ihrem Sparprogramm aufs Spiel setzen? Es ist brandgefährlich und betriebswirtschaftlich nicht sinnvoll. Wenn das Finanzministerium auf die Idee käme, die reduzierte Mehrwertsteuer zu kassieren, würde es für viele Verlagshäuser eng werden. Stehen wir lieber rechtzeitig für unabhängigen Journalismus ein, der die ihm gewährten Privilegien auch verdient.

Maria Ebert ■



INFORMATIONSAUSTAUSCH BEI ARTE TARIFVERHANDLUNGEN IN STRAßBURG

Bei ARTE stehen Gehaltstarifverhandlungen an, die verknüpft werden sollen mit einer neuen Struktur bei den Gehaltseingruppierungen. 30% der Mitarbeiter*innen bei ARTE in Straßburg sind Deutsche. Zwischen den französischen und deutschen Kolleg*innen gibt es vertragliche Unterschiede, die beispielsweise aus den anders ausgestalteten Sozialversicherungen herrühren.

Gründe genug, um den Kontakt zu den ARTE-Kolleg*innen und zur Geschäftsleitung zu suchen. Im Februar trafen sich DJV-Landesvorsitzende Dagmar Lange und Landesgeschäftsführer Martin Wedekind in Straßburg mit Emmanuel Suard, Geschäftsführer und Verwaltungsdirektor von ARTE, Carmen Lebold, Personalchefin, sowie Annick Dauffer, Referentin für Grundsatzfragen und stellvertretende Hauptabteilungsleiterin Personal, zu einem intensiven Austausch. Zu unseren Themen gehörten die bessere Vertretung des DJV vor Ort und die Probleme der Redakteur*innen. In der Folge dieses Gesprächs hat der DJV eine Vereinbarung mit ARTE Geie unterzeichnet, in der es unter anderem heißt: „Der DJV ist eine deutsche Gewerkschaft, die bei ARTE GEIE Mitglieder hat und deswegen auch Tarif- und Sozialpartner des Unternehmens ist.“ Dies bedeutet, der DJV benennt einen „Mandatsträger in der Gewerkschaftsdelegation“, der/die mit den Rechten eines/einer Gewerkschaftsdelegierten nach französischem Recht ausgestattet ist. Außerdem benennt der DJV einen „Mandatsträger im Betriebsrat“, der/die mit den Rechten

eines/einer Gewerkschaftsrepräsentanten/in im Betriebsrat ausgestattet ist. Unser Mitglied Katja Harsdorf wird für das Comité Social & Economique (CSE, also Betriebsrat) kandidieren und zwar über die Liste der SNJ (Syndicat National des Journalistes). Die Wahl wird voraussichtlich im November stattfinden. Katja Harsdorf wird bei den laufenden Tarifverhandlungen zu Gehalt und Struktur (geplantes Abschmelzen der Einstiegsgehälter) dabei sein. Zudem wird mit Michael Hirschler ein externer DJV-Vertreter an den Verhandlungen teilnehmen. Unser Ziel ist es, das geplante Abschmelzen der Einstiegsgehälter zu verhindern. Denn Suard und Lebold planen eine Unterscheidung bei der Eingruppierung in Anfänger, Kolleg*innen mit mittlerer Erfahrung und den „Professionals“.

Laut Carmen Lebold sei die Belegschaft bei Arte überaltert, man könne aber junge Leute nicht einstellen, weil die bisherige Gehalts-/Honorargruppierung nur Experten erlaube. Man möchte sich verjüngen und flexibler aufstellen. Sowohl Katja Harsdorf wie auch andere Kolleg*innen, die wir vor Ort sprechen konnten, meinen hingegen, nur ein(e) versierte(r) Journalist(in) könne den anspruchsvollen Aufgaben bei ARTE gerecht werden. Man fürchtet Light-Vertragsbedingungen. Hintergrund ist nicht zuletzt, dass der französische Staat die Zuschüsse für ARTE gesenkt hat, die Beiträge aus Deutschland werden erfahrungsgemäß mit einer Zeitschleppung ebenfalls vermindert. **Dagmar Lange ■**



SWR-INTENDANT*INNENWAHL: DJV FORDERT CHANCENGLEICHHEIT

Der SWR bekommt eine neue Intendantin oder einen neuen Intendanten – zwei Kandidat*innen hat ein vorbereitender Gremien-Ausschuss aus dem Bewerber*innenfeld herausgefiltert: Stefanie Schneider, Landessenderdirektorin Baden-Württemberg des SWR, und Kai Gniffke, Chefredakteur ARD-aktuell. Die Entscheidung treffen Rundfunkrat und Verwaltungsrat des SWR in gemeinsamer Sitzung. Intendant Peter Boudgoust hatte im Dezember seinen vorzeitigen Rückzug für Mitte des Jahres angekündigt. Der Vorstand des DJV Landesverbandes Baden-Württemberg appellierte an die Mitglieder des SWR-Rundfunk- und Verwaltungsrates, nicht aus Gründen der zeitlichen Effizienz nur zwei Kandidaten ins Rennen zu schicken. „Zu den demokra-

tischen Grundprinzipien gehört eine echte Wahl. Wenn von den 15 Bewerbungen letztlich nur die Auswahl zwischen zwei Kandidat*innen besteht, wird die Chance zu einer pluralistischen Meinungsbildung vertan,“ so Dagmar Lange, 1. Landesvorsitzende des DJV. Nicht zuletzt würden damit auch die weiteren Kandidat*innen düpiert, wenn sie ihre Vorstellungen zur Zukunft des SWR nicht vortragen dürften und damit von Anfang an chancenlos seien. Die Wahl soll Ende Mai stattfinden.

Nachtrag: Nach Redaktionsschluss entschieden sich Rundfunk- und Verwaltungsrat am 22. März mit großer Mehrheit nur die beiden genannten Bewerber zur Wahl zuzulassen. **red ■**



NÄCHSTE TARIFRUNDE WIRD SPANNEND SWR VERGÜTUNGSTARIFVERTRÄGE WERDEN NEU VERHANDELT

DJV, ver.di und DOV haben die Vergütungstarifverträge mit dem SWR zum 31. März turnusmäßig gekündigt. Der Bundes-Fachausschuss Rundfunk empfiehlt für die ARD-Sender eine Forderung

von 6 % im Volumen für Gehälter und Honorare. Nach dem interessanten Abschluss im Öffentlichen Dienst erwarten wir eine spannende Tarifrunde. **Anke Vetter ■**



SWR HONORAR

SYSTEMWECHSEL BEI DER HONORIERUNG IM SÜDWESTRUNDFUNK

Seit dem 1. Januar 2019 gilt im SWR die neue Honorarstruktur, die Gewerkschaften und SWR über viele Jahre ausverhandelt haben und die den festen freien Kolleg*innen eine Beschäftigungsgarantie und ein gesichertes Einkommen verschafft. Mit dem neuen System werden die festen Freien jetzt ganz auf Zeitbasis honoriert. Das war zuvor nur bei den sogenannten Tischdiensten wie CvD, Planer ... der Fall; Reporter und Feature-Autoren erhielten Stückhonorare, die jetzt in das neue System umgerechnet werden.

Es werden fast 1.800 freie Kolleg*innen „übergeleitet“. D. h. es wird aus ihrer bisherigen Tätigkeit ein individueller Tageshonorarsatz ermittelt, mit dem sie in ein sogenanntes Honorarband eingestuft werden. Und in diesem Honorarband steigen sie alle zwei Jahre eine Stufe höher – ein absolutes Novum.

Allerdings konnten sich nicht alle gleich über dieses neue System freuen, denn es gab und gibt Anlaufschwierigkeiten. Das ist bei einem solch weitreichenden Systemwechsel nicht überraschend, aber für die Betroffenen natürlich sehr ärgerlich. Die Überlei-

tung ist sehr aufwändig, und leider hat der SWR den Aufwand – trotz unserer ständigen Hinweise – unterschätzt. So kam und kommt es zu Verzögerungen bei den Berechnungen, den Überleitungsgesprächen und jetzt auch den Nachberechnungen. Es kam zu falschen Berechnungen mit zu niedrigen Honorarsätzen, die korrigiert und neu berechnet werden müssen.

Die gesamte Überleitung ist Sache der SWR-Personalabteilung, wird aber natürlich von uns Gewerkschaftern und Personalräten eng begleitet. Wir beraten die Kolleg*innen, die mit Fragen zu uns kommen und helfen denen, die Probleme haben. Bei größeren Problemen hilft unser Geschäftsführer Martin Wedekind weiter.

DJV und ver.di sind in stetem Austausch mit dem SWR, um Unklarheiten bei der Umsetzung des Tarifvertrags zu beseitigen und den gemeinsamen Verhandlungserfolg zu realisieren. Ist diese Anlaufphase erst einmal überstanden, werden sich alle festen Freien über die garantierte Beschäftigung und das sichere, regelmäßig steigende Einkommen freuen können.

Anke Vetter ■

« So reicht's



4,0 %
in 2019



Presse-Versorgung

0711 2056 244
info@presse-versorgung.de

Presse-Perspektive
www.presse-versorgung.de/pp



WÄHLEN GEHEN

PERSONALRATSWAHLEN IM SWR 24.-26.6.2019



ACHIM BECKEDORF
GPR

Achim Beckedorf – in Stichworten:

- gut 20 Jahre im DJV, 15 Jahre im DJV-„Fachausschuss Rundfunk“;
- zunächst SWF-Fernsehredakteur in Baden-Baden, jetzt für den SWR in Stuttgart bei „Zur Sache Baden-Württemberg“ und anderen Formaten;
- in vielen DJV-Kommissionen zuständig für Tarifverhandlungen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz;
- seit Jahren DJV-Ansprechpartner im SWR für feste und freie Beschäftigte.

Meine Ziele im Gesamtpersonalrat des Südwestrundfunks:

- die Umsetzung von Vereinbarungen begleiten - für vergleichbare Arbeitsbedingungen an allen SWR-Standorten in BW und RLP;
- die Entwicklung der Beschäftigten unterstützen hin zu Teamarbeit von Jüngeren und Erfahreneren – damit möglichst alle mitkommen;
- Neuerungen im journalistischen Angebot, in der SWR-Struktur und beim Datenschutz hinterfragen mit Blick auf das Programm und auf die Arbeitsplätze von festen und freien Kolleginnen und Kollegen.

Wichtig für mich ist, dass viele meiner SWR-Kolleginnen und Kollegen zur Wahl der Personalräte gehen, damit wir ein starkes Mandat gegenüber dem SWR haben. Denn in den rauer werdenden Zeiten innerhalb unserer Zwei-Länder-Anstalt, in der ARD und dem gesamten Medienmarkt benötigen diejenigen, die den Sender täglich tragen, eine manchmal laute, aber immer verantwortungsvolle Vertretung. Das sind die Personalräte an den Standorten und im Gesamtpersonalrat. Gebt uns bitte dafür Eure Stimme! ■



CONNY BECKER-VEYHELMANN
PR Mainz und GPR

Seit mehr als 30 Jahren arbeite ich im SWF/SWR – und immer noch gern! Über 20 Jahre lang war ich Freie, u. a. bei den Videotext-Nachrichten, als Reporterin im Regionalfernsehen und im Familienprogramm für Das Erste. Seit der Fusion habe ich das Intranet mit aufgebaut und setze mich seitdem für eine

transparente Mitarbeiterkommunikation in unserem SWR ein. Dicke Bretter zu bohren oder als steter Tropfen den Stein zu höhlen – so sehe ich meine Aufgabe, denn ich möchte das Bestmögliche für uns als Beschäftigte und für unsere Produkte erreichen. Seit meiner Festanstellung als Redakteurin vor knapp zehn Jahren setze ich mich dafür auch im Gesamtpersonalrat und im Personalrat Mainz ein. Denn ein kollegiales Miteinander für alle Gewerke ist mir wichtig – ungeachtet der Funktion oder Position. Auf DJV-Bundesebene arbeite ich ebenfalls an diesen Themen in der Kommission für Chancengleichheit und Diversity. Bei den anstehenden Tarifverhandlungen werde ich mich gemeinsam mit meinen Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen auch dieses Jahr wieder für mehr Geld und sichere Jobs für Feste und Freie einsetzen, eine faire Bezahlung muss eine Selbstverständlichkeit sein. Dieses Engagement möchte ich durch Ihre Stimme weiterverfolgen. ■



HENNING HOOSS
PR BAD und GPR

Als Mitglied der DJV-Tarifkommission werde ich dieses Jahr wieder Vergütungs- und Honorarverhandlungen führen. Das ist eine gute Möglichkeit für den DJV, Flagge zu zeigen und für alle Kolleginnen und Kollegen das Beste herauszuholen. Viele glauben ja wirklich Tarifierhöhungen fallen einfach so vom Himmel.

Ich bin seit über 25 Jahren Mitglied im DJV und Mitglied des Fachausschusses Rundfunk in Baden-Württemberg. Der Fachausschuss ist das Herz des DJV im SWR. Hier diskutieren wir eine Menge Themen – Gewerkschaftsarbeit im SWR ist sehr vielfältig! Ich bin 50 Jahre

alt und arbeite als Redakteur für das Programm-Management beim SWR Fernsehen. Dort betreue ich derzeit überwiegend Online-Projekte, habe im Haus aber auch als Hörfunkreporter und Fernsehautor gearbeitet. Seit der vergangenen Personalratswahl bin ich Ersatzmitglied des Personalrats in Baden-Baden. Die Offenheit dort gegenüber mir als einzigem DJV-Vertreter ist herausragend. Das stelle ich deswegen heraus, weil ich davon überzeugt bin, dass wir im SWR unvoreingenommen miteinander reden und streiten müssen, um unsere Interessen als Mitarbeitende herauszuarbeiten und dann auch gegenüber dem Unternehmen deutlich zu machen. Denn die Herausforderungen, die der Medienwandel für uns im SWR mit sich bringt, sind groß. Ich möchte als Personalratsmitglied deswegen besonders dafür eintreten, dass wir eine gepflegte Diskussionskultur im SWR beherzigen, aber auch einmal Kante zeigen und uns – von rauem gesellschaftlichem Wind umtost – nicht zu einem von Egoisten dominierten Unternehmen entwickeln. Denn nur wenn die Arbeitsbedingungen in Summe stimmen, können wir als Mitarbeitende auch das leisten, was die Gesellschaft vom SWR erwartet: gutes Programm auf allen Ausspielwegen! ■

Schon zum zweiten Mal können beim SWR auch die arbeitnehmerähnlichen, die sogenannten festen Freien, an den Personalratswahlen teilnehmen. Lange hatte der DJV darauf gedrungen. Am 27. November 2013 schließlich billigte der baden-württembergische Landtag das neue Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG). Seitdem können also endlich auch im SWR die festen Freien wählen und gewählt werden und der Personalrat ist für die Belange der 12a-Freien zuständig, sie sind Beschäftigte des SWR im Sinne des Gesetzes. Die Legislaturperiode beträgt fünf Jahre. Die Kandidatinnen und Kandidaten des DJV für den GPR (Gesamtpersonalrat) und die PR (Personalräte) der Standorte stellen sich hier selbst vor.



KERSTIN RADDATZ
PR Stuttgart

Tarifverhandlungen, Fachausschuss Rundfunk, stellvertretende Vorsitzende des Stadtverbands Stuttgart – seit 24 Jahren bin ich Mitglied des DJV und immer aktiv. Es war und ist wichtig, mich gemeinsam mit anderen für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen zu engagieren: Ein offenes Ohr zu haben, um rechtzeitig mitzubekommen, wohin die Entwicklungen für uns Journalistinnen und Journalisten laufen. Und mich für gute Arbeitsbedingungen und ein faires Miteinander einzusetzen. Deshalb möchte ich mich auch im Personalrat Stuttgart des SWR engagieren.

Seit 1995 arbeite ich im Bereich Fernsehen für den SWR, vormals SDR: Als Redakteurin, Reporterin, Planerin für die Landesschau, Autorin für Langformate. Aktuell bin ich Reporterin und CvD in der neugegründeten multimedialen Reporterredaktion Studio Stuttgart. Neugier und die Lust auf unseren Beruf treibt mich an. Ich bin mir aber auch bewusst, dass sich die Medienwelt immer schneller verändert.

Wir befinden uns mitten in einem der tiefgreifendsten Umbruchprozesse des SWR seit der Fusion, davon bin ich überzeugt. Und das auf vielen Ebenen. Organisatorisch, technisch, personell. Da wird gerade viel von uns geschultert. Umso wichtiger ist es, dass wir uns füreinander einsetzen und darauf achten, dass das, was wir durch Tarifverhandlungen an Verbesserungen erreicht haben, für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Arbeitsalltag auch umgesetzt wird, gerade auch für Freie. Dafür brauchen wir einen starken Personalrat. Wenn viele Kolleginnen und Kollegen zur Wahl zu gehen, dann ist der erste Schritt. ■

Seit knapp 21 Jahren arbeite ich als feste Freie im mittlerweile multimedialen SWR-Studio Karlsruhe als Planerin, Moderatorin, Reporterin und Onlinerin. Bei der letzten Wahl des Personalrats Stuttgart wurde ich Ersatzmitglied, nahm recht bald regelmäßig an Personalratssitzungen teil und rückte schließlich als ordentliches Mitglied nach. Zudem hat die gewerkschaftliche Arbeit in den letzten Jahren immer mehr Raum eingenommen. Ich gehöre dem DJV-Fachausschuss Rundfunk an, saß acht Jahre lang für den DJV in den Verhandlungen zur neuen Honorarstruktur, bin im Überleitungsausschuss und nehme an den aktuellen Tarifverhandlungen teil.



KATHARINA RAQUET
PR Stuttgart

Zwar ist mit der neuen Honorarstruktur ein großer Schritt in Richtung Beschäftigungs- und Einkommenssicherheit getan – dennoch bleibt es eine große Aufgabe, zunächst die Überleitung zu vollenden und Arbeitsbedingungen, Arbeitsbelastung und die Arbeit an sich auch in Zukunft so zu gestalten, dass sie Spaß macht und erfolgreich sein kann. Um mich dafür einzusetzen, würde ich meine Arbeit im Personalrat Stuttgart gerne fortsetzen. Natürlich liegen mir aufgrund meiner Erfahrungen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Studios besonders am Herzen. Aber ich weiß, dass nicht nur dort der Druck erheblich gewachsen ist und werde mich für alle Kolleginnen und Kollegen aus allen Bereichen und Standorten einsetzen. ■

Ich kandidiere auf der Gewerkschaftsliste für den Personalrat Stuttgart und den Gesamtpersonalrat. Ich habe einst als Nachrichtenredakteurin beim SDR angefangen, und diesen Job mache ich noch immer mit Leidenschaft. Verlässliche Nachrichten sind in Zeiten von fake news und social media wichtiger denn je. Wichtig ist auch die Solidarität der Gewerkschafter in Zeiten von immer mehr Arbeit und immer weniger Geld, nicht unbedingt unser Entgelt, sondern die Mittel, die dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zur Verfügung stehen. Im DJV leite ich den Fachausschuss Rundfunk, bin im Tarifverhandlungsteam für den SWR und für die ARD. Der Kontakt im Fachausschuss auf Bundesebene gibt mir Einblicke in andere Sender und die Möglichkeit, Vergleiche anzustellen. Das ist nicht zuletzt hilfreich bei Tarifverhandlungen und bei der Personalratsarbeit im SWR.

Ich gehöre dem Personalrat Stuttgart an, war über viele Jahre schon als Ersatzmitglied in den Sitzungen, bevor ich dann reguläres Mitglied wurde. In der letzten Legislaturperiode empfand ich es als besonders befriedigend, dass wir mit dem neuen LPVG endlich auch für die Belange der freien Kolleg*innen zuständig sind.



Anke Vetter
PR Stuttgart und GPR

Im SWR wurde in den letzten Jahren Trimedialität zu Multimedialität. Die Anforderungen an uns steigen. Nur einen Hörfunk-KB oder einen Fernsehbeitrag abliefern reicht nicht mehr, es sollte schon auch etwas für die App dabei sein. Damit die Arbeitsbelastung nicht zur Überlastung wird, brauchen wir starke Personalräte. Es ist wichtig, dass wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen, nicht in den Redaktionen, den Studios und nicht an den Standorten. Und es ist wichtig, dass alle wählen gehen, Feste wie Freie, und den Personalräten ein starkes Mandat geben. ■

Im SWR wurde in den letzten Jahren Trimedialität zu Multimedialität. Die Anforderungen an uns steigen. Nur einen Hörfunk-KB oder einen Fernsehbeitrag abliefern reicht nicht mehr, es sollte schon auch etwas für die App dabei sein. Damit die Arbeitsbelastung nicht zur Überlastung wird, brauchen wir starke Personalräte. Es ist wichtig, dass wir uns nicht gegeneinander ausspielen lassen, nicht in den Redaktionen, den Studios und nicht an den Standorten. Und es ist wichtig, dass alle wählen gehen, Feste wie Freie, und den Personalräten ein starkes Mandat geben. ■

Sieg für die Wochenzeitung „Kontext“

Die Kontextwochenzeitung aus Stuttgart darf wieder den Namen eines rechtsextrem chattenden AfD-Mitarbeiters nennen und Chatprotokolle veröffentlichen, die dessen rechtsextreme Gesinnung nahelegen, entschied das Oberlandesgericht Karlsruhe. Es hob damit eine einstweilige Verfügung des Landgerichts Mannheim auf. Der Redaktion war eine über vier Jahre andauernde Korrespondenz zugespielt worden, in der Marcel Grauf seine Verehrung für Adolf Hitler und Benito Mussolini zum Ausdruck bringt, dazu Chat-Nachrichten mit NPD-Funktionären, AfD-Mitgliedern, Burschenschaftlern und Neurechten. Der wissenschaftliche Mitarbeiter zweier AfD-Abgeordneter im BaWü-Landtag war früher NPD-Mitglied und hatte sich in seinem Account menschenverachtend, rassistisch und demokratiefeindlich geäußert. Grauf beantragte vor Gericht den Erlass einer einstweiligen Verfügung. Er sah sein Persönlichkeitsrecht verletzt und behauptete eidesstattlich, die ihm zugeschriebenen Äußerungen würden nicht von ihm stammen. In der ersten Instanz, vor dem Landgericht Mannheim, kam er damit durch. Im Eilverfahren hat das Oberlandesgericht Karlsruhe im Februar entschieden, dass man ihn als ehemaliges NPD-Mitglied benennen darf. Ein Sieg für die Wochenzeitung „Kontext“: Sie kann die beiden von Grauf angefochtenen Artikel über seine rassistischen, demokratiefeindlichen Äußerungen in geleakten Chatprotokollen wieder online stellen und hat das auch wieder getan. In großen Teilen der Medienbranche sorgte das deutliche Urteil des Oberlandesgerichts für Erleichterung.

Rhein-Neckar-Fernsehen zu Dr. Haas

Seit dem 1. Januar gehört das Rhein-Neckar Fernsehen (RNF) zur Mannheimer Mediengruppe Dr. Haas. RNF war vergangenen Sommer durch den Verlust des RTL-Regionalfensters ein Fünftel des Umsatzes weggebrochen in der Folge musste das Rhein-Neckar Fernsehen Insolvenz anmelden. Ende Oktober kündigte die Mannheimer Mediengruppe an, das RNF nach erfolgreichem Abschluss des Insolvenzverfahrens zu übernehmen. Mehr als 30 Arbeitsplätze bleiben dadurch erhalten. „Mister RNF“

Bert Siegelmann (70) gibt die Geschäftsführung ab, bleibt dem Rhein-Neckar Fernsehen aber als Journalist erhalten.

12.000 Euro Strafe für Fake News

Blogger Hardy Prothmann soll 12.000 Euro Geldstrafe für eine bewusst veröffentlichte Falschmeldung zahlen, urteilt das Amtsgericht Mannheim. Prothmann erfand im März 2018 einen Terroranschlag in Mannheim und löste die Meldung erst hinter der Bezahlschranke seines Rheinneckarblog auf. Sein Anwalt argumentiert, Fake News seien nicht strafbar. Prothmann kündigt Berufung gegen das Urteil an.

„SWP“ und „Schwäbische“ kooperieren in Berlin

Die Schwäbische Zeitung (Ravensburg) und die SÜDWEST PRESSE (Ulm) haben ihre Berliner Büros zusammengelegt, Sabine Lennartz, die langjährige Korrespondentin der Schwäbischen Zeitung, ist in die Räume der Neuen Berliner Redaktionsgesellschaft (NBR) in der Friedrichstraße eingezogen. Auf die Inhalte haben beide Zeitungsredaktionen Zugriff.

LFK-Medienpreis 2019 30 Favoriten ausgewählt

Aus rund 160 Beiträgen haben die Jurymitglieder des LFK Medienpreises 30 Favoriten ausgewählt, in den fünf Hörfunk- und fünf Fernseh-Kategorien wurden jeweils drei Beiträge nominiert. Die Preisträger werden am 13. Mai in Stuttgart ausgezeichnet. Der LFK Medienpreis wird bereits zum 28. Mal vergeben.

Lokaljournalistenpreis für Stuttgart und Pforzheim

Die „Stuttgarter Zeitung“ und die „Stuttgarter Nachrichten“ gewinnen den Lokaljournalistenpreis der Konrad-Adenauer-Stiftung. Ausgezeichnet werden die Zeitungen nach Informationen von JournalistenPreise.de für eine Investigativrecherche von Rafael Binkowski, dem stellvertretenden Leiter der Lokalredaktion Ludwigsburg. Den zweiten Preis erhält laut JournalistenPreise.de die „Pforzheimer Zeitung“ (Chefredakteur: Magnus Schlecht) für eine Serie. Zu den

Preisträgern aus Baden-Württemberg gehört auch die Freiburger „Badische Zeitung“.

Schwarzwälder Bote steigt in den Magazinmarkt ein

Seit September 2018 gibt die Schwarzwälder Bote Mediengesellschaft mbH, Oberndorf am Neckar, die Zeitschrift Waldrausch – Das Magazin für Lifestyle & Sport im Süden heraus. Das Magazin hat einen Umfang von 116 Seiten und liefert in den Rubriken „Lebensart“, „Herzblut“, „Schlaraffenland“ und „Rausch“ verschiedene Storys rund um den Schwarzwald, die Schwäbische Alb und den Bodensee. Darüber hinaus wurde die Website www.waldrauschmagazin.de entwickelt.

Warnung: Schweizer Verlag in Zahlungsverzug

Die Dornbusch Medien AG mit Sitz im schweizerischen Baden-Dättwil hat anscheinend Zahlungsschwierigkeiten. Seit Monaten beklagen sich Freie, dass ihre Honorare trotz mehrmaliger Mahnung nicht bezahlt wurden. Auch Mitglieder aus dem DJV-Landesverband Baden-Württemberg sind davon betroffen und werden bereits von der Geschäftsstelle betreut. In Absprache mit Syndicom, der schweizerischen Gewerkschaft für Medien und Kommunikation, empfiehlt der DJV-Landesverband, bei Anfragen dieses Verlages auf Vorauszahlung zu bestehen. Wer noch offene Rechnungen hat, sollte neue Aufträge nur nach Begleichung der Ausstände annehmen. Der DJV Baden-Württemberg steht beratend für betroffene Mitglieder zur Verfügung.

Neue Redakteurin bei der Badischen Zeitung

Badische Zeitung: Sarah Trinler, Jahrgang 1988, ist jetzt Redakteurin für die Badische Zeitung in Schopfheim im Wiesental. Sie war zuvor als Redakteurin für die deutsche regionale Wochenzeitung „Der Sonntag“ tätig.

Neuer Redakteur bei der Schwäbischen Zeitung

Patrick Müller ist jetzt Redakteur in der Leutkircher Lokalredaktion für die deutsche regionale Tageszeitung Schwäbische

Zeitung. Er war zuletzt als Redakteur für die deutsche wöchentliche regionale Zeitung Der Südfinder tätig.

TM3 (vormals Family TV) muss Sendebetrieb einstellen

Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat mit Beschluss vom 12. Februar 2019 (Az. 10 K 12506/17) den vorläufigen Rechtsschutz gegen die sofortige Vollziehbarkeit des Widerrufs der Zulassung durch die LFK abgelehnt. Damit ist nun auch gerichtlich bestätigt, dass die Veranstaltung des Programms TM3, das bis Januar als Family TV ausgestrahlt wurde, zu beenden ist. Die LFK hatte die Zulassung im Juli 2017 widerrufen.

Presserat zu Opferschutz in Winnenden

Anlässlich des zehnten Jahrestags des Amoklaufs von Winnenden erinnerte der Deutsche Presserat daran, den Opferschutz zu berücksichtigen. Verstöße gegen den Opferschutz beschäftigen den Presserat auch zehn Jahre danach, zumal Fotos inzwischen über die sozialen Medien leichter verfügbar sind

als damals. Allein 8 von 28 Rügen verhängte die Freiwillige Selbstkontrolle 2018 für die Veröffentlichung von Fotos, auf denen Opfer von Unfällen oder Gewalttaten für einen erweiterten Personenkreis identifizierbar waren. Oftmals handelte es sich dabei um Aufnahmen von Facebook- oder Instagramprofilen, die die Redaktionen ohne Einwilligung der Angehörigen verwendet hatten. „Die sozialen Netzwerke sind kein Selbstbedienungsladen für Journalist*innen. Es gehört vielmehr zur grundsätzlichen Verantwortung der Presse, nicht alle im Netz verfügbaren Informationen zu übernehmen“, so Volker Stenei, Sprecher des Deutschen Presserats.

Deutsche knausern beim Streaming

Nicht nur beim Rundfunkbeitrag wird um Centbeträge gerungen. Laut dem Media Innovation Report wären nur 46% der Befragten bereit, mehr als fünf € pro Monat für einen Streaming-Service zu bezahlen. Für diesen Betrag erhält man derzeit nicht einmal ein Netflix-Basis-Abo.

Das liegt bei 7,99 € je Monat, nur für SD-Auflösung. 59% der befragten Nutzer nimmt nur einen kostenpflichtigen Streaming-Dienst in Anspruch, knapp ein Drittel bucht bei einem zweiten Service, nur ein Prozent der Befragten hatten Abos für mehr als drei Streamingdienste. Angekündigt sind trotzdem weitere Streamingdienste durch Disney, Warner und Comcast/Universal sowie von Apple. Wenig Interesse zeigen die Umfrageteilnehmer an exklusivem lokalen Content. Ob ein Content aus Deutschland oder dem Ausland stammt, war für 83% der Befragten kein Argument für den Abschluss eines Abonnements. Die Kernzielgruppe der 18- bis 29-Jährigen zeigte zu 55% Interesse an interaktiven Formaten auf Streamingplattformen. Diese Zielgruppe ist auch grundsätzlich für algorithmusbasierte Programmempfehlungen empfänglich. Basis der Daten ist eine online-repräsentative Studie von Statista im Auftrag von nextMedia.Hamburg durchgeführt wurde. Insgesamt haben 1.000 Personen zwischen 18 und 65 Jahren teilgenommen. Die Studie wurde im Vorfeld des newTV Kongress veröffentlicht. ■

Ein ganzes Tal voll Gartenschau.

UNENDLICHE EINDRÜCKE UND GESCHICHTEN:
Blühende Städte und Auen.
Kanu-, Wander- und Radwege.
Kunst, Wein und Genuss.
Über 10.000 Events.

10.5. bis 20.10.

REMSTAL GARTENSCHAU 2019

Remstal.de



ES IST KOMPLIZIERT ODER: MIT WIE VIEL RELIGION MUSS MAN SICH EIGENTLICH AUSEINANDERSETZEN?

Wissenschaftliche Untersuchungen legen den Schluss nahe, dass Gesellschaften, die Reis anbauen, der Gemeinschaft eine wichtigere Rolle zu sprechen als Gemeinschaften, die Weizen anbauen. Die Erklärung: Für die Bewässerungssysteme der Reisfelder braucht man die Kooperation großer Gemeinschaften; Weizen dagegen kann eine Familie alleine anbauen. Belegt wird die These zum Beispiel durch Untersuchungen in China und Vergleiche zwischen den Gesellschaften im Weizen anbauenden Norden und Reis anbauenden Süden Chinas.

Auch Klemens Ludwig lässt sich bei seiner Erklärung der Ausprägungen des Islam von den Lebensbedingungen zu seiner Entstehungsgeschichte leiten. Vereinfacht zusammengefasst lautet das etwa folgendermaßen: In der lebensfeindlichen Umgebung auf der Arabischen Halbinsel war das Überleben nur in der Gemeinschaft möglich. Deren Basis bildete die Blutsverwandtschaft und diese bedingte die absolute Unterordnung als ökonomische Notwendigkeit. Damit herrschten grundlegend andere Bedingungen als etwa in den gemäßigten Zonen des antiken Griechenlands und Italiens, wo es möglich war, auch unabhängig von der Gemeinschaft zu überleben – obgleich auch damit Grausamkeit, Kriege und Unterdrückung in diesem Kulturkreis nicht verhindert werden konnten.

In seinem Buch „Die Opferrolle“, beschäftigt sich Klemens Ludwig mit der Rolle des Islam in Europa und den Erfahrungen der letzten Jahre, die mit durch den Islam konnotierten Vorkommnissen in unserem Land zu teilweise heftigen Auseinander-



dersetzungen geführt haben. Wie kann man sich nun in dem weiten Feld zwischen reflexhaftem Rassismus und Islamophobie, konservativen und vom Ausland gesteuerten und finanzierten Moschee- und Islamverbänden zurechtfinden? Klemens gibt Hinweise zu einer Analyse des großen Reizthemas, er nimmt den Fehdehandschuh einer religiös motivierten Weltsicht auf und verteidigt selbstbewusst die Werte des Humanismus und der Aufklärung.

Die Auswahl seiner Argumente mag zuweilen provokativ wirken, doch Ludwig stellt seine Position komplex genug dar, so dass er nicht ohne weiteres zu vereinnahmen ist. Er lädt ausdrücklich zu einem kontroversen Diskurs über sein Buch und Thesen ein. In seinem Vorwort stellt er fest, dass Christen und Muslime etwa die Hälfte der Weltbevölkerung stellen und beide einen ausgeprägten Missionsan-

spruch besitzen. Er betont ihrer beider Verantwortung, schonungslos auf die gemeinsame Geschichte zu blicken. Für den Islam wünscht er sich den Abschied von der selbst inszenierten Opferrolle als wichtigen Schritt zu einer umfassenden Emanzipation der islamischen Gesellschaften. Er setzt sich kritisch mit Politiker*innen unseres Landes, wie etwa mit dem früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Jürgen Todenhöfer auseinander, die seiner Meinung nach vehement vor einer pauschalen Verurteilung des Islam warnten, dagegen aber hemmungslos pauschalierten, wenn es gegen „den Westen“ geht.

Wie lautete nochmal die Eingangsfrage? Richtig: Mit wie viel Religion muss man sich eigentlich auseinandersetzen? Klemens Ludwigs Antwort lautet: Mit mehr, als man dachte. Unsere Gesellschaft versteht sich als säkular (obwohl sich auch hier christliche Traditionen und Werte im kollektiven Bewusstsein tief verankert haben). Dennoch haben die schmerzhaften Konflikte unserer Vergangenheit über Humanismus und Aufklärung eine Basis für Toleranz und Offenheit geschaffen und so sollten sich auch Bürgerinnen und Bürger muslimischen Glaubens zuerst als Anhänger der Demokratie, und erst im zweiten Schritt als Zugehörige einer Religion verstehen.

Susann Mathis ■

Klemens Ludwig: Die Opferrolle. Der Islam, seine Selbstinszenierung und die Werte der Aufklärung, Verlag Langemüller, ISBN: 978-3-7844-3510-7, 288 Seiten, Klappenbroschur: 20,00 €, eBook: 12,99 €

MANNHEIM RIECHT NACH SCHOKOLADE

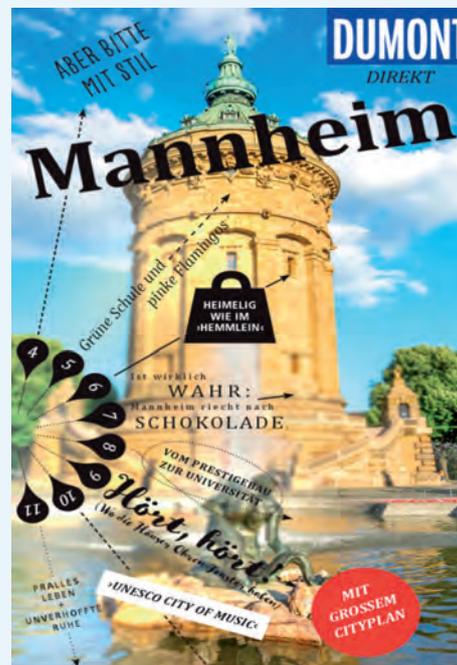
„In Mannheim weint man angeblich zweimal – wenn man kommt, und wenn man geht. 2008 kam ich als Tageszeitungsredakteurin aus Westfalen (...) und habe mich fürs Bleiben entschieden.“ Mit diesem Satz stellt der neue Mannheim-Reiseführer des Dumont-Verlags seine Autorin vor, geschrieben hat ihn die DJV-Kollegin Annika Wind.

Der relativ jungen Stadt zwischen Odenwald und Pfalz, gegründet 1606, wird nachgesagt, sie sei vor allem eine graue Industriestadt. Der neue Reiseführer von Annika Wind macht es sogar nur leidlich motivierten Leser*innen leicht, sich von den vielen anderen Aspekten der Stadt anziehen zu lassen. Anhand von 15 Schwerpunkten bietet sie für jeden Wunsch den passenden Zugang an: von Jugendstil über Luisenplatz, Kaffeekultur und neue Kunsthalle, Mozart und Popakademie, Shoppen und Schokolade, bis zur reichen Museums-

landschaft der Stadt. Im Kapitel „Pause“ Ende widmet sie sich der Mannheimer Sonnenfrische, denn die Stadt mündet in eine der schönsten Rheinauen Deutschlands.

Die 126 Seiten liefern kurzweilige Einblicke in das Mannheim von heute, ohne die (Kultur-) Geschichte der Stadt zu vernachlässigen. Eine kurze Übersicht erläutert die berühmten Quadrate, in der die Designstadt aus dem Barock angelegt wurde und die wichtigsten Stadtviertel. Traditionsreiche Marksteine wie Maimarkt, Schokoladenproduktion, Schloss und die weltweit größte, freitragende Holzgitterschalenkonstruktion werden genauso vorgestellt, wie originelle Cafés oder die Tangoschule in der Bettfedernfabrik. Praktische Tipps, Adressen, genauen Stadtteilplänen und einer Jahresübersicht der Festivals und Events komplettieren den sympathischen und pointierten Stadtführer.

Susann Mathis ■



Annika Wind: DuMont direkt Reiseführer Mannheim. Mit großem Cityplan. Taschenbuch. 120 Seiten. DUMONT REISEVERLAG. ISBN-13: 978-3770183746. 11,99 EUR



Heilbronn

Mit dem Ziel, Heilbronn am Neckar als dynamisches Oberzentrum der Region Heilbronn-Franken mit seiner wirtschaftlichen Stärke, kulturellen Energie und sozialem Engagement national und international besonders im BUGA-Jahr zu positionieren, sucht die Heilbronn Marketing GmbH

ab sofort die Leitung der Pressestelle (m/w/i) (befristet im Rahmen einer Elternzeitvertretung bis Ende Oktober 2019)

Ihre Aufgaben:

- Konzeption und Durchführung der Medienarbeit (klassische Medienarbeit Print, Online TV/Radio, Blogger-Relations, Social Media) in nationalen und internationalen Zielmärkten
- Wahrnehmung der Funktion „Pressesprecher/in“ und Unterstützung des Geschäftsführers bei der Erarbeitung von Redemanuskripten und Präsentationen

Unser Angebot:

- selbstständiges und eigenverantwortliches Arbeiten an einem abwechslungsreichen Arbeitsplatz
- eine Bezahlung nach Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (EG 11 TVöD)

Die Heilbronn Marketing GmbH fördert die berufliche Chancengleichheit von Frauen und Männern. Schwerbehinderte werden bei gleicher Eignung bevorzugt eingestellt.

Bewerbung an: Heilbronn Marketing GmbH, Frau Katja Engelhardt (Personalabteilung), Kirchbrunnenstraße 3, 74072 Heilbronn
Tel. +49 7131 56 37 56, E-Mail: engelhardt@heilbronn-marketing.de

WWW.HEILBRONN.DE

Die Journalisten-Akademie ist mit neuer Struktur und überarbeiteten Angeboten in das Jahr 2019 gestartet. Dabei legt sie zum einen ihren Schwerpunkt auf die attraktiven Blockseminare der vergangenen Jahre. So ist etwa das 57. (!!) Grundlagenseminar für Zeitschriften-Volontäre mit sehr gutem Zuspruch gestartet - und es liegen bereits Anmeldungen für die 58. Ausgabe im Herbst vor. Gemäß dem Credo, dass Qualitätsjournalismus auch hohe Qualität in der Pressearbeit verlangt, werden entsprechende Grundlagenseminare in diesem Bereich in Kürze folgen. Auch die Entscheidungen, die der Gesamtvorstand des DJV Baden-Württemberg wie auch die Delegierten des 17. Gewerkschaftstages im September 2018 getroffen haben, zeigen Ergebnisse: Ab Herbst werden Seminare auch in Kooperation mit der JBB angeboten. Weiter im Programm bleiben zum anderen gerade solche Seminare, die insbesondere das sich beständig verändernde Umfeld des Journalismus reflektieren und die - insbesondere auch für Freie - dabei helfen wollen, in jeder Hinsicht erfolgreiche Nischen und Positionen zu besetzen. Dazu zählen etwa Seminare zu den Themenfeldern Social Media, Mobile Reporting, Selbständigkeit oder Mehrfachverwertung der eigenen Recherche.

Es bleibt im Programm und startet aktuell:

57. Zeitschriftenseminar für Volontäre und Seiteneinsteiger

Dieses Grundlagenseminar richtet sich an Volontär*innen im ersten Berufsjahr sowie Seiteneinsteiger*innen in Zeitschriftenverlagen und Corporate Publishing Unternehmen und alle, die crossmedial an Magazingestaltung beteiligt sind. Referent*innen aus der Praxis vermitteln journalistische Darstellungsformen ebenso wie Layout, Bildgestaltung und Fotografieren, Medienrecht und Verlagsmanagement. Die Seminare sind als Bildungsmaßnahme im Sinne des § 8 des Tarifvertrags über das Redaktionsvolontariat an Zeitschriften anerkannt. Die Kursdauer beträgt vier Wochen. Um insbesondere Teilnehmer*innen aus kleineren Redaktionen eine Freistellung zu erleichtern, ist das Seminar in vier Programmblöcke von jeweils einer Woche Dauer gegliedert. Insgesamt erstreckt sich das Seminar über vier Monate.

Die Termine sind:

1. Woche: 11.-15. März 2019
2. Woche: 08.-12. April 2019
3. Woche: 13.-17. Mai 2019
4. Woche: 03.-07. Juni 2019

In Vorbereitung ist zudem das 15. Grundlagenseminar für Mitarbeiter*innen in Pressestellen

Dieses dreiwöchige Seminar wendet sich an Neu- und Seiteneinsteiger*innen in der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, die in kompakter Weise in das Pflichtprogramm wie auch die Kür moderner Public Relations nicht nur Einblick nehmen, sondern es auch beherrschen wollen. Das Seminar gliedert sich dabei in die drei Teile Earned Media (klassische Pressearbeit, Pressekonferenzen, Umgang mit Journalisten etc.), Owned Media (Corporate Publishing, Bildbearbeitung etc.), Social Media (Soziale Netzwerke, crossmediales Arbeiten etc.). Hinzu kommen Themenfelder wie Medienrecht, Rhetorik etc., die jeweils integriert werden. U.a konnte als Referent für den Bereich Campaigning gewonnen werden: Andreas Graf von Bernstorff, ehem. Landtagsabgeordneter der Grünen in Baden-Württemberg und Kampagnenleiter von Greenpeace! Um insbesondere Mitarbeiter*innen aus kleineren Pressestellen die Teilnahme zu erleichtern, ist das Seminar in drei Programmblöcke von jeweils einer Woche Dauer gegliedert, die sich über einen Zeitraum von drei Monaten erstrecken.

Die vorläufigen Termine sind:

- 20. bis 24. Mai 2019 (Teil I Klassische Pressearbeit/Earned Media)
 - 24. bis 28. Juni 2019 (Teil II Unternehmens-Medien/Owned Media)
 - 15. bis 19. Juli 2019 (Teil III Social Media)
- ACHTUNG! Das ist neu! Diese Seminare können auch einzeln gebucht werden! Mehr Infos hierzu auf Anfrage unter akademie@djv-bw.de

09.-10.05.2019

Moderation von Veranstaltungen

Eine Moderation vor Publikum, gleich ob Talkrunde, Messeauftritt, Off Air, hat ihre eigenen Spielregeln und kann ganz schön aufregend sein! Kleinigkeiten haben oft eine große Wirkung. Über den Erfolg eines Auftritts, entscheiden nicht allein die Inhalte, sondern vor allem Ausstrahlung oder die Modulation der Stimme. In diesem Seminar dürfen sich die Teilnehmer*innen ausprobieren, üben und „Fehler“ machen bis das Publikum überzeugt ist und sie sich dabei wohlfühlen. Die Referentin: Gabriele Lange, studierte Medienrhetorik und Sprechkunst an der Staatlichen Hochschule für Musik und Darstellende Kunst, Stuttgart und trainiert seit langen Jahren Journalist*innen aller Mediengattungen.

28.05.2019

Das ABC des Presserechts für Print- und Onlinejournalisten - Medienrecht für die Praxis

Das Fachseminar informiert über den Rechtsrahmen für Journalistinnen und Journalisten bei Print- und Onlinemedien. Täglich haben diese mit medien- und urheberrechtlichen Fragen zu tun, die im Seminar besprochen werden. Der Spannungsbogen reicht vom Informationsfreiheitsgesetz über das Zeugnisverweigerungsrecht bis hin zu Urheberrechtsfragen und Abwehransprüchen von Betroffenen, etwa Gegendarstellungen. Die Referenten: Im Wechsel referieren versierte und renommierte Medienrechtler der Kanzlei SZA Schilling, Zutt & Anschutz, Mannheim, der Kanzlei, der auch Stephan Harbarth entstammt, seit November 2018 Vizepräsident am Bundesverfassungsgericht und Vorsitzender dessen ersten Senates.

Im Juli 2019 ebenfalls noch im Programm:

06.07.2019

Freiberufler im Journalismus

Themen, Tipps und Trends zur erfolgreichen Selbständigkeit

16.-17.07.2019

Social Media - Blogs, Twitter, Instagram, Facebook & Co.

Außerdem Workshops/Seminare zu den Themenfeldern Mobile Reporting Schreibwerkstatt/Storytelling



Journalisten-Akademie e.V. Bildungsverein des Deutschen Journalisten-Verbandes Baden-Württemberg e.V.

Herdweg 63 · 70174 Stuttgart
Leitung: Michael Tschugg
Tel. 0711-222 49 54-60
Fax 0711-222 49 54-44
E-Mail: akademie@djv-bw.de
www.djv-bw.de

Wenn Sie weitere Informationen zu Seminaren und Inhalten wünschen, schicken Sie ein Mail an: akademie@djv-bw.de
Sie erhalten umgehend Antwort!

Wir gratulieren

In den 90ern

Helmut Acker 02.05. (99 Jahre)
Eike Reuter 16.04. (97 Jahre)
Michael Schnieber 31.05. (91 Jahre)
Nachtrag:
Egon Treppmann 27.01. (91 Jahre)
Eberhard Grashoff 11.02. (91 Jahre)

In den 80ern

Joachim Hess 22.05. (88 Jahre)
Johann Meissmer 20.05. (88 Jahre)
Walter Storto 06.05. (88 Jahre)
Burghard Hüdig 04.06. (86 Jahre)
Karl-Jürgen Schmutzler 26.06. (86 Jahre)
Gabriele Hoffmann 19.05. (85 Jahre)
Hermann Ohnheiser 01.04. (84 Jahre)
Hans-Dieter Roth 22.06. (83 Jahre)
Hans Jörg Schulz 05.05. (83 Jahre)
Karin Krempel-Haglund 26.04. (82 Jahre)
Erne Schwarz-Kopf 03.05. (82 Jahre)
Fritz Bischoff 28.06. (81 Jahre)
Helmut K. Dörfler 26.06. (81 Jahre)
Lis Katia Stumpp 26.04. (81 Jahre)

80 Jahre

Karl-Heinz Seefeldt 11.05.
Norbert Winter 07.05.

75 Jahre

Hans-Jürgen Hess 23.06.
Erich Hohn 14.06.
Jochen von Osterroth 23.06.
Gerd G. Weiler 13.05.
Gerd-Niels Wötzel 08.05.

70 Jahre

Jörg Robert E. Bertsch 14.05.
Gabriele Booth 27.06.
Michael Reisinger 07.06.
Ulrich Roth 27.05.
Silve Schneider 18.04.
Volker Weber 23.06.

65 Jahre

Gero von Böhm 20.04.
Thomas Dürselen 21.05.
Andreas Fiegel 22.06.
Gert Fleischer 28.04.
Anton Fuchsloch 02.04.
Dieter Gellermann 02.04.
Guntram Gerst 19.06.
Ulrich Geßler 30.06.
Sonja Hübner 22.04.
Klaus Jancovius 17.04.
Wolfgang Krug 13.06.
Sabine Lennartz 21.05.
Sigrid Plöger 25.06.
Michael Stümpflen 25.05.
Rainer Suchan 21.05.
Iris Treiber 28.05.
Monika Vollmar 13.05.
Stephan Wessolek 18.06.
Bernd Wnuck 06.06.
Anne Victoria Wördemann 31.05.

60 Jahre

Lothar Baldus 17.05.
Dirk Baranek 03.04.
Bernd Baur 12.04.
Inge Braune 21.05.
Ralf Breyer 09.06.
Manfred Bühler 11.06.

Stefan Burkart 16.04.
Evi Eck-Gedler 24.06.
Stephan Frank 05.04.
Martin Fritz 03.06.
Julie-Sabine Geiger 01.06.
Thomas Godawa 27.06.
Bernd-Rainer Intemann 16.05.
Olaf Jahnke 02.06.
Sigrid Krügel 15.06.
Tobias Kümmel 21.06.
Werner Pletschacher 15.04.
Claudia Ramsteiner 01.05.
Gerhard Ritter 19.04.
Sophie-Gabriele Schreiner 23.06.
Frank Schwaibold 09.06.
Anke Schwörer-Haag 04.04.
Cornelia Tomaschko 11.05.
Hannelore Voltmer-Döbrich 25.05.
Thomas Zehender 03.04.
Jörg Zinßer 04.04.

Falls Sie keine Veröffentlichung in der Geburtstagsliste unseres Blickpunkts wünschen, bitten wir um schriftliche Mitteilung an den DJV Baden-Württemberg.

Wir trauern um

Thomas Schneider 54 Jahre

IMPRESSUM

HERAUSGEBER:

Deutscher Journalisten-Verband,
Landesverband Baden-Württemberg e.V. (DJV),
Gewerkschaft der Journalistinnen und Journalisten (Landesvorstand)
V.i.S.d.P.: Dagmar Lange

REDAKTION:

Dagmar Lange, Dr. Susann Mathis, Rudi Doster

AUTOR*INNEN:

Maria Ebert, Geraldine Friedrich, Dagmar Lange, Susann Mathis,
Julia Schweizer, Ulrich Spitzmüller, Michael Tschugg, Anke Vetter,
Daniel Völpel, Martin Wedekind, Peter Welchering

Titelbild: unsplash

GRAFIK / HERSTELLUNG:

Rudi Doster · rdesign56 Stuttgart

NÄCHSTE AUSGABE: 2/2019
Redaktionsschluss: 7. Juni 2019

DJV-Landesgeschäftsstelle:
Hausanschrift: Herdweg 63, 70174 Stuttgart

Postanschrift:

Postfach 15 01 24, 70075 Stuttgart
Telefon: 0711-222 49 54-0 · Fax: 0711-222 49 54-44
Internet: www.djv-bw.de · e-Mail: info@djv-bw.de

Änderung der Zustelladresse bitte direkt an die Geschäftsstelle
des DJV-Landesverbandes Baden-Württemberg.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Der DJV-Blickpunkt erscheint vierteljährlich.
Einzelpreis: € 3,- · Abo-Preis jährlich: € 10,- · Auflage: 4.500

ANZEIGENVERWALTUNG:

Rudi Doster · rdesign56 · Tel. 0711-51875648 · rdesign56@gmx.de



Gesunder Journalismus beruht auf Fakten.

Zuverlässige und aktuelle Informationen zu allen Themen
rund um die Gesundheit und das Gesundheitswesen –
dafür ist das Mediportal der AOK Baden-Württemberg
die erste Adresse: aok-bw-presse.de

Pressestelle der AOK Baden-Württemberg

Telefon 0711 2593-229
Telefax 0711 2593-100
E-Mail presse@bw.aok.de
Twitter [@aokbwpresse](https://twitter.com/aokbwpresse)

AOK Baden-Württemberg